s'Blättle

Nr. 109 Dezember 1985 DM 2,50

GEDANKEN ZUR GESCHICHTE DER REMILITARISIERUNG DER BRD *
18. DEZEMBER: PROZEß GEGEN s'BLÄTTLE * HAFENSTRAßE HAMBURG *
SÜDAFRIKA * HUNGERSTREIK: KAMPFMITTEL MIT TRADITION
ORDNUNGSRECHT AN DER UNI HOHENHEIM * PROZEß GEGEN CLAUDIA WANNERSDORFER

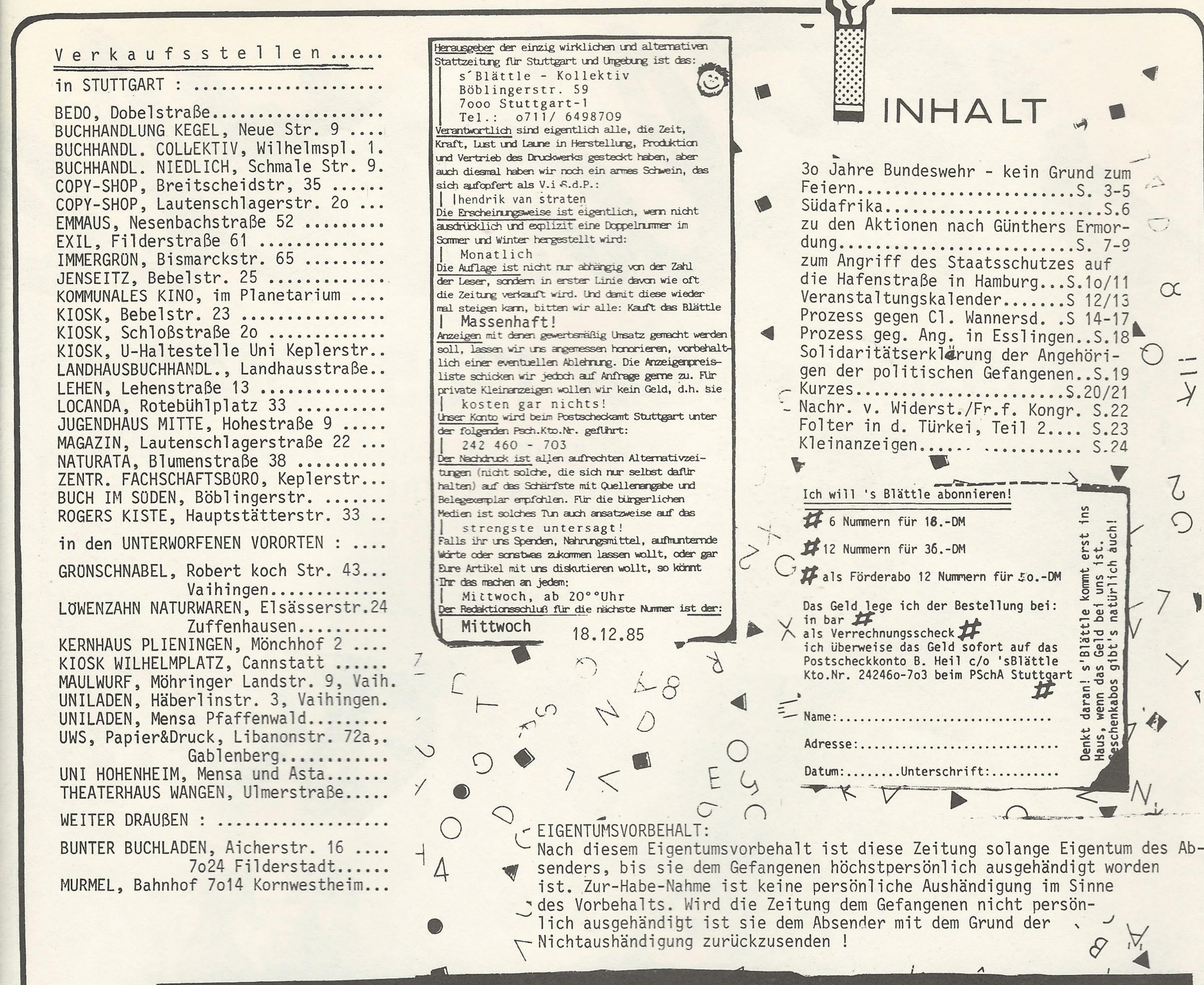
FEST
zum alltäg
UNTERGANG

videos
-züri brännt
-sexpistols
'the great rock'n roll swindle'

PROZESSKOSTENFEST
Für Leute aus dem
Wider Stand
am: 30.11.85
ab: 19°°
im DEMOZ
Wilhelmstr. 45/1 LB

UKB,
isco
2 DM

SOLIDARITÄTSFEST IN LUDWIGSBURG



Verkaufsstellen......

in STUTTGART : ....

BEDO, Dobelstraße..................
BUCHHANDLUNG KEGEL, Neue Str. 9 ....
BUCHHANDL. COLLEKTIV, Wilhelmspl. 1.
BUCHHANDL. NIEDLICH, Schmale Str. 9.
COPY-SHOP, Breitscheidstr, 35 ......
COPY-SHOP, Lautenschlagerstr. 2o ...
EMMAUS, Nesenbachstraße 52 ....
EXIL, Filderstraße 61 ....
IMMERGRÜN, Bismarckstr. 65 ....
JENSEITZ, Bebelstr. 25 ....
KOMMUNALES KINO, im Planetarium ....
KIOSK, Bebelstr. 23 ....
KIOSK, Schloßstraße 2o ....
KIOSK, U-Haltestelle Uni Keplerstr..
LANDHAUSBUCHHANDL., Landhausstraße..
LEHEN, Lehenstraße 13 ....
LOCANDA, Rotebühlplatz 33 ....
JUGENDHAUS MITTE, Hohestraße 9 .....
MAGAZIN, Lautenschlagerstraße 22 ...
NATURATA, Blumenstraße 38 ....
ZENTR. FACHSCHAFTSBÜRO, Keplerstr...
BUCH IM SÜDEN, Böblingerstr. ....
ROGERS KISTE, Hauptstätterstr. 33 ..

in den UNTERWORFENEN VORORTEN : ....

GRÜNSCHNABEL, Robert koch Str. 43... Vaihingen..........
LÖWENZAHN NATURWAREN, Elsässerstr.24 Zuffenhausen..........
KERNHAUS PLIENINGEN, Mönchhof 2 ....
KIOSK WILHELMPLATZ, Cannstatt ......
MAULWURF, Möhringer Landstr. 9, Vaih.
UNILADEN, Häberlinstr. 3, Vaihingen.
UNILADEN, Mensa Pfaffenwald.........
UWS, Papier&Druck, Libanonstr. 72a,. Gablenberg...........
UNI HOHENHEIM, Mensa und Asta.......
THEATERHAUS WANGEN, Ulmerstraße.....

WEITER DRAUßEN : ....

BUNTER BUCHLADEN, Aicherstr. 16 .... 7o24 Filderstadt......
MURMEL, Bahnhof 7o14 Kornwestheim...

Herausgeber der einzig wirklichen und alternativen Stattzeitung für Stuttgart und Umgebung ist das:

s´Blättle - Kollektiv
Böblingerstr. 59
7ooo Stuttgart-1
Tel.: o711/ 6498709

Verantwortlich sind eigentlich alle, die Zeit, Kraft, Lust und Laune in Herstellung, Produktion und Vertrieb des Druckwerks gesteckt haben, aber auch diesmal haben wir noch ein armes Schwein, das sich aufopfert als V.i.S.d.P.:

hendrik van straten

Die Erscheinungsweise ist eigentlich, wenn nicht ausdrücklich und explizit eine Doppelnummer im Sommer und Winter hergestellt wird:

Monatlich

Die Auflage ist nicht nur abhängig von der Zahl der Leser, sondern in erster Linie davon wie oft die Zeitung verkauft wird. Und damit diese wieder mal steigen kann, bitten wir alle: Kauft das Blättle

Massenhaft!

Anzeigen mit denen gewerbsmäßig Umsatz gemacht werden soll, lassen wir uns angemessen honorieren, vorbehaltlich einer eventuellen Ablehnung. Die Anzeigenpreisliste schicken wir jedoch auf Anfrage gerne zu. Für private Kleinanzeigen wollen wir kein Geld, d.h. sie

kosten gar nichts!

Unser Konto wird beim Postscheckamt Stuttgart unter der folgenden Psch.Kto.Nr. geführt:

242 460 - 703

Der Nachdruck ist allen aufrechten Alternativzeitungen (nicht solche, die sich nur selbst dafür halten) auf das Schärfste mit Quellenangabe und Belegexemplar empfohlen. Für die bürgerlichen Medien ist solches Tun auch ansatzweise auf das

strengste untersagt!

Falls ihr uns Spenden, Nahrungsmittel, aufmunternde Worte oder sonstwas zukommen lassen wollt, oder gar Eure Artikel mit uns diskutieren wollt, so könnt Ihr das machen an jedem:

Mittwoch, ab 20°°Uhr

Der Redaktionsschluß für die nächste Nummer ist der:

Mittwoch 18.12.85

INHALT

Ich will 's Blättle abonnieren!

\# 6 Nummern für 18.-DM
\# 12 Nummern für 36.-DM
\# als Förderabo 12 Nummern für 5o.-DM

Das Geld lege ich der Bestellung bei:
in bar #
als Verrechnungsscheck #
ich überweise das Geld sofort auf das Postscheckkonto B. Heil c/o 'sBlättle Kto.Nr. 24246o-7o3 beim PSchA Stuttgart #

Name:..............................
Adresse:...........................
Datum:........Unterschrift:.........

Denkt daran! s'Blättle kommt erst ins Haus, wenn das Geld bei uns ist. Geschenkabos gibt's natürlich auch!

EIGENTUMSVORBEHALT:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen höchstpersönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden !

18. Dezember: Prozeß gegen s'blättle

18.12. ....

- PROZESS GEGENS s´Blättle IN ZWEITER INSTANZ.

Vor dem Landgericht dieses mal - in zweiter Runde - will die Staatsanwaltschaft Stgt. jetzt ein Urteil gegens Blättle erreichen - wohl mit derselben, allzu brüchigen Staatsschutzlogik und phantasielosigkeit (die angeführten Beweismittel / Zeugen lassen darauf schließen) , die vor dem Amtsgericht noch nicht einmal zur Glaubhaftmachung eines Tatbestandes, geschweige denn diesen dem Angeschuldigten anzulasten gelangt hat.

Zur Erinnerung:
Es geht hier immer noch um das in der Nr. 9o abgedruckte Interview mit den Angehörigen der politischen Gefangenen, dessen Abdruck dann kriminalisiert wurde.
Als Mittel zum Zweck wurde hier erst der § 129a erwogen, man entschied sich dann doch für den § 9oa (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) - fand dann schließlich die Konstruktion ein Vergehen nach § 2o des Pressegesetzes anzuklagen, wobei im Hintergrund wieder der § 9oa STGB stehenbleibt: "...der presserechtlich Verantwortliche habe es versäumt die Zeitung von Artikeln freizuhalten, die den Straftatbestand des § 9o a erfüllen....", so die Staatsanwaltschaft.

Inhaltlicher Kern der Anklage sind die Passagen des Interviews, die ausdrücklich den Folter- bzw. Tötungsvorwurf beinhalten - bezogen auf Isolation, Zwangsernährung, die Morde von Stammheim. Gleichwohl geben diese Passagen allein nicht den vorherrschenden Tenor des Interviews wieder - so stellte auch das Amtsgericht in der mündl. Begründung des Freispruchs vom 3.7. fest : "...hier liegt aber in den Interview die persönliche Schilderung von persönlichen Erlebnissen der Angehörigen von RAF - Gefangenen vor. Sie zählen dabei ganz konkrete einzelne Beispiele auf. Ich kann nicht sagen ob sie stimmen oder nicht stimmen. Auch hier ist die Staatsanwaltschaft jeden Beweis für die Wahrheitswidrigkeit schuldig geblieben." (näheres siehe Bl. Nr. 9o, 1o1, 1o6)

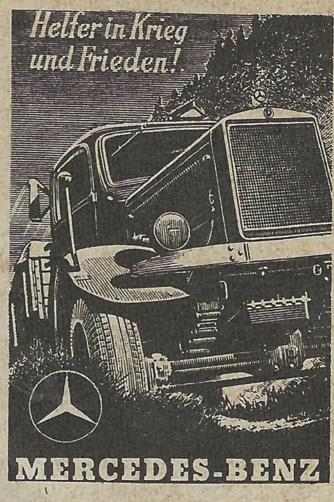
Auch wenn die sich hier andeutende umkehrung der Beweislast in solchen politischen Prozessen schon als fast selbstverständlich hingenommen wird - müssen hier diese einzelnen, konkreten Fälle in Form von Beweisanträgen in den Prozess und wieder nach außen in die öffentliche Diskussion getragen werden. Genauso läßt sich an bestimmten Widersprüchen im Vorgehen der Justiz eindeutig festmachen, daß auch das alles hier nur Mittel zum Zweck ist : das Blättle soll verschwinden - ginge es nach Bullen/Staatsschutz/Staatsanwaltschaft. Nach vielen, sinnlos verpufften Vorstößen in diese Richtung unter allen möglichen Vorwänden in den letzten Jahren - einschließlich diesem Prozess - hoffen sie jetzt womöglich vor dem Landgericht - mit denselben platten Konstruktionen wie in der ersten Instanz - auf offenere Ohren zu stoßen.
Darauf, daß sie in Druck sind, daß sie die materielle Liquidierung oppositioneller Öffentlichkeit versuchen - egal mit welchen Mitteln - zeigt auch ihr jüngster Vorstoß die bisherigen Drukker des Blättle mit Verfahren zu überziehen. Aber diese Rechnung wird nicht aufgehen, weder juristisch noch materiell. Das ist dasselbe platte Niveau wie das Blättles-Büro während der Endredaktion mit Bullenkisten zuzuparken. Nun denn.....

nochmal Zeit und Ort:

MITTWOCH 18.12. , 9.00 Uhr
ULRICHSTR. 1o, UG, Saal 8.

...erfreulich wäre, wenn sich ein paar mehr als das letzte mal aufraffen könnten zum Prozess zu erscheinen.

30 Jahre Bundeswehr – kein Grund zum Feiern
Gedanken zur Geschichte der Remilitarisierung der BRD



In diesem Beitrag sollen Betrachtungen angestellt werden zur Entstehung der Bundeswehr vor 30 Jahren. Heraus kommen sollen durch Tatsachen belegte Argumente gegen die Propaganda, die die Reaktion jetzt aus Anlaß des 30jährigen Jubiläums betreibt. Aus der Sachlage ergibt sich, daß die Betrachtung nicht erst 1955, sondern schon in den 40er Jahren beginnen muß. Eine Propagandabehauptung der Reaktion ist ja: die Bundeswehr sei etwas Neues, eine demokratische Armee, im demokratischen Staat BRD entstanden, irgendwelche Zusammenhänge mit der faschistischen Wehrmacht gebe es nicht.

1. Die Übergänge von der Wehrmacht zur Bundeswehr

Ende des Jahres 1944 war die Niederlage des deutschen Imperialismus im 2. Weltkrieg so absehbar, daß in einigen Führungsstäben der Wehrmacht Nachkriegsplanungen entwickelt wurden. Im Dezember 1944 arbeitete Halder, Generalstabschef der Deutschen Kriegsakademie, einen zwei-Phasen-Plan für die Reorganisation des deutschen Militärpotentials nach der Kapitulation aus. Der Plan sah vor: Während der ersten beiden Nachkriegsjahre sollten die Kader der Wehrmacht, also die hohen Offiziere, vermittelt über die guten Beziehungen der Wehrmacht zu den Kapitalisten, in zivilen beruflichen Positionen untergebracht werden. Verbindungen sollten nur spärlich über den Aufbau von illegalen Zirkeln aufrechterhalten werden. Nach Ablauf dieser zwei Jahre sollte die Bildung von traditionellen Soldatenvereinigungen, zunächst auch illegal, später legal. von diesen Verbindungsleuten in Angriff genommen werden.
Dieser Plan ist, auch im zeitlichen Rahmen, ziemlich exakt umgesetzt worden. In den Betrieben gab es nach 1945 einige Auseinandersetzungen zwischen Betriebsräten und Geschäftsleitungen über die Vergabe von Führungspositioenn an ehemalige hohe Nazi- und Wehrmachtsfunktionäre, wenn solche Absichten der Kapitalisten - wie hier in Stuttgart bei Bosch - bekannt wurden. Ebenfalls planmäßig verlief die Bildung der Soldatenverbände. Sie lief 1948 an und Anfang der 50er Jahre bestanden in der BRD 1.118 Soldatenverbände. Sie konnten sich stützen auf eine Verbreitung militaristischen Schriftgutes, wie sie im Faschismus überhaupt nie erreicht worden war. Sie konnten sich weiterhin stützen auf die Vertriebenenverbände, mit denen sie personell eng verzahnt waren, und in denen sie einen nach hunderttausenden zählenden organisierten Anhang für revanchistische Ziele hatten.

Eine zweite Komponenter der Planung des faschistischen Generalstabes fand in der Nachkriegszeit ebenfalls Anwendung:
- das "Dienstgruppenkonzept"
Es beinhaltete, den Westmächten ganze Armeeteile in voller Bewaffnung und unter Aufrechterhaltung ihrer Struktur zu unterstellen, und sie für polizeiliche Aufgaben im Rahmen der Besatzung einzusetzen. Die Engländer und die Amerikaner machten von diesem Angebot Gebrauch und unterhielten Dienstgruppen in einer zeitweiligen Stärke von 200.000 Mann. Als Beleg für die Vorgehensweise mag ein Memorandum des sowjetischen Vertreters im Alliierten Kontrollrat, Shukow, vom 20.11.45 dienen:

"Beim sowjetischen Oberkommando vorhandenen Unterlagen und Angaben der ausländischen Presse zufolge bestehen in der britischen Besatzungszone Deutschlands weiterhin deutsche Heeres-, Kreigsmarine- und Luftwaffendienststellen. Bis heute besteht die deutsche Heeresgruppe Müller...Diese Heeresgruppe hat eine Feldverwaltung, einen Stab. Zum Stab dieser Heeresgruppe gehören: die Operativabteilung, die Abteilung Oberquartiermeister, die Intendantur, die Abteilung Offizierskader, die Kraftfahrabteilung, der Sanitätsdienst...
Alle oben aufgeführten Dienststellen werden nach Heeresnormen besoldet. Das Personal der aufgezählten Verbände trägt Rangabzeichen und Orden. Mit dem gesamten Personal aller Ränge und Grade werden militärische Übungen abgehalten..."

Eie Einheiten dieser Dienstgruppen wurden verwendet zunächst für den Aufbau von kasernierter Bereitschaftspolizei auf Länderebene, dann , ab 1951, für den Bundesgrenzschutz und später als Kader für die Bundeswehr.

Die Pläne der Wehrmacht wurden durch die Taten der Westmächte aber noch übererfüllt. Bei den obengenannten Maßnahmen blieb es nicht. Hauptsächlich die US-Imperialisten wollten sich die Erfahrungen der Faschisten aus dem Krieg gegen die Sowjetunion zunutze machen. Das hat folgenden Hintergrund:
Die Hauptschlachten des zweiten Weltkrieges wurden an der deutsch-sowjetischen Front geschlagen. Der faschistische Block in Europa - mit Deutschland als Hauptkraft - hatte dort zeitweise fast 250 Divisionen mit mehr als 6 Millionen Mann Truppen zusammengezogen. Die Kämpfe dort dauerten fast vier Jahre und dort verloren die Faschisten - gegen die Rote Armee - den Krieg. Demgegenüber leistete z.B. die französische Armee zusammen mit britischen Expeditionstruppen im Jahre 1940 ganze 40 Tage lang Widerstand gegen den faschistischen Angriff. Gegen die amerikanisch-britische Invasion in der Normandie im Frühjahr 1944 konnte die Wehrmacht gerade 58 nicht einmal voll kampffähige Divisionen einsetzen, die die fast 3 Millionen Mann starke Invasionsarmee letzten Endes nicht aufhalten konnten. Die deutschen Faschisten waren die einzigen auf Seiten des Imperialismus, die über ausgiebige Erfahrungen im Krieg gegen die Sowjetunion, in Bezug auf Nachrichtenwesen, Kriegführung und Landnahme und -besetzung verfügten, und auf diese Erfahrungen konnten die USA, die ihrerseits gegen die Sowjetunion antreten wollten, nicht verzichten.

Zwei ihrer diesbezüglichen Maßnahmen sind bekannt geworden:
- Die Generalstabsabteilung der Wehrmacht "Fremde Heere Ost", die Leitstelle der Wehrmachtspionage gegen die Sowjetunion, wurde sofort nach Kriegsende von den USA in Dienst genommen. Den heutigen Namen "Bundesnachrichtendienst" bekam diese Einheit 1956, nachdem sie schon 1951 der Adenauer-Regierung unterstellt worden war. Ihr Chef unter Hitler, den USA und Adenauer war bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1968 Gehlen.
- Die wohl wichtigste Maßnahme der USA war die Bildung der "Historical Division" bei ihrem Hauptquartier. Hier waren 500 ehemalige Wehrmachtoffiziere offiziell mit der Abfassung der Kriegsgeschichte befaßt. In Wirklichkeit werteten sie die Erfahrungen des Rußlandfeldzuges, vor allem hinsichtlich des Blitzkriegkonzeptes mit beweglichen Angriffsoperationen des Heeres, besonders mit Panzerverbänden, aus. Diese Erfahrungen wurden später z.B. bei der Erstellung von Airland Battle verwertet, das sich ja ausdrücklich auf das Blitzkriegkonzept bezieht. In dieser "Historical Division" war praktisch der komplette zukünftige Generalstab der Bundeswehr zusammengefaßt. Darunter Speidel, ehemals General bei Rommel und von 57-63 Nato-Befehlshaber Europa-Mitte; Heusinger, Mitglied im OKW und später Generalinspekteur der Bundeswehr 57-61; Graf Kielmannsegg, General an der Westfront, von 63 bis 68 im Nato-Kommando Europa-Mitte.
Unter Federführung dieser drei Offiziere entstand dann auch im Herbst 1950 ein Dokument zur Remilitarisierung der BRD, das strategisch von allergrößter Bedeutung war und ist: die Himmeroder Denkschrift.

2. Die Himmeroder Denkschrift

15 ehemalige Wehrmachtsoffiziere erarbeiteten diese Denkschrift im Auftrag Adenauers im Herbst 1950 im Eifelkloster Himmerod. Zwei Gesichtspunkte dieser Denkschrift sollen hier näher dokumentiert werden.

2.1 Militärpolitische Grundlagen und Voraussetzungen

Einleitend äußern sich die Verfasser zu diesem Punkt.

"Die militärpolitische Lage Deutschlands ist so ungünstig wie niemals zuvor in der Geschichte...
Die Wehrkraft zur Ausfüllung der großen Lücke in der europäisch-atlantischen Verteidigung ist im deutschen Volk wohl vorhanden, doch fehlt in weiten Kreisen noch der Wehrwille. Das deutsche Volk hat sich zu den freiheitlichen Idealen des Westens bekannt, ist aber vielfach innerlich noch nicht bereit, dafür Opfer zu bringen. Durch die Diffamierung der letzten 5 Jahre auf vielen Gebieten menschlichen und staatlichen Seins ist der Behauptungswille und damit auch der Gedanke der Landesverteidigung systematisch untergraben worden. Diese Entwicklung kann nur umgekehrt werden, wenn dem deutschen Volk der Begriff von Freiheit und Gleichberechtigung wiedergegeben und zum selbstverständlichen Lebensgefühl wird. Wenn es - grade im Hinblick auf den Osten - die volle Freiheit genießt, wird es sich zum Einsatz für derartige Ziele bereit finden...
Folgende Voraussetzungen werden auf politischem, militärischen und psychologischem Gebiet für notwendig gehalten:

Politisch:
Anstreben der vollen Souveränität der westdeutschen Bundesrepublik, nachdem ihre REgierung in New York als einzige Regierung Gesamtdeutschlands (in den Grenzen von 1937) anerkannt worden ist.
Militärisch:
Die militärische Gleichberechtigung der westdeutschen Bundesrepublik im Rahmen der europäisch-atlantischen Gemeinschaft.
Psychologisch:
Rehabilitierung des deutschen Soldaten durch eine Erklärung von Regierungsvertretern der Westmächte...
Freilassung der als Kriegsverbrecher verurteilten Deutschen, soweit sie nur auf Befehl gehandelt und sich keiner nach alten deutschen Gesetzen strafbaren Handlung schuldig gemacht haben...
Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS) und Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland...
Vorschläge für die westdeutsche Bundesregierung:
Verpflichtung des deutschen Soldaten auf das deutsche Volk - repräsentiert durch den Bundespräsidenten - unter Betonung des gesamteuropäischen Gedankens, solange die westeuropäische Föderation noch keine überstaatliche Form gefunden hat."

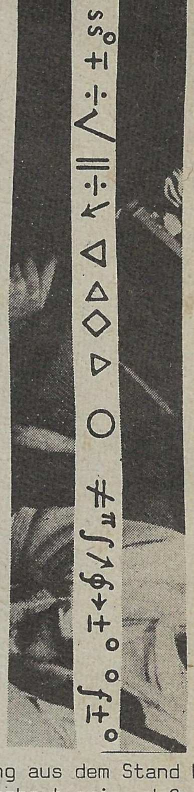
Es ist leider nicht möglich, auf die Gesichtspunkte dieses Abschnittes im einzelnen einzugehen. Aber die Kernpunkte sind auf jeden Fall:
- Souveränität und Gleichberechtigung der BRD in den Grenzen von 1937, d.h. Einverleibungsanspruch gegenüber der DDR.
- Rehabilitierung sämtlicher Kriegsverbrechen der deutschen Faschisten im 2. Weltkrieg.
- Verbindung des nationalen Gedankens mit dem Gesamteuropäischen.

Auch was die Behandlung der zu erwartenden politischen Opposition gegen die Aufrüstung betrifft, sehen die Offiziere eine klare Richtung:
"Das Einverständnis der Opposition und der Gewerkschaften für den Aufbau eines deutschen Kontingents erscheint als selbstverständliche Voraussetzung; das Ethos der Landesverteidigung muß das gesamte Volk erfassen...
Kraftvolle Bekämpfung aller die Demokratie zersetzenden Elemente, innerer Schutz der anlaufenden Aufbauarbeit, planmäßiger Beginn der Aufklärungsarbeit im deutschen Volke".
Genau nach dieser Richtschnur verfuhr denn auch Adenauer.

2.2 Operative Lage der BRD

Zur operativen Lage der BRD machten die Offiziere folgende Ausführungen:
"Angesichts dieser sowjetischen Möglichkeiten ist die Verteidigung Westeuropas z.Zt. völlig unzureichend. Wenn jetzt





aus dieser Tatsache die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen werden, so bedarf es dazu in erster Linie eines gemeinsamen operativen Planes, wie die Verteidigung zu führen ist. Dieser Plan muß die militärischen Aufgaben der Länder Europas im Rahmen der Gesamtverteidigung, sowie die militärische Unterstützung seitens Amerika festlegen. Nach diesen Aufgaben müssen die militärischen Streikräfte der Länder berechnet, aufgestellt und bewaffnet werden. Diesem Plan muß auch die deutsche Verteidigung angepaßt werden. Grundlegend für einen solchen Plan dürften folgende Feststellungen sein:
1. Der westeuropäische Raum muß soweit ostwärts wie möglich verteidigt werden..
2. Die Verteidigungsbereitschaft muß in kurzer Zeit sichergestellt werden...
3. Die operativen Schwerpunkte der Verteidigung müssen sein: Die Dardanellen, das Gebiet Tagliamento-Alpen-Süddeutschland und das Gebiet Schleswig-Holstein-Dänemark-Südskandinavien...
4. Die Verteidigung muß, wo immer möglich, offensiv geführt werden. Das bedeutet, daß überall und von Beginn an angegriffen werden muß, wo es durchführbar ist...
Daß diese Kampfhandlugnen möglichst bald auf ostdeutsches Gebiet vorgetragen werden, muß mit allen Mitteln angestrebt werden. Zugleich sollten die ersten Einsätze der anglo-amerikanischen luftwaffe mit Schwerpunkt der Unterstützung des Endkampfes dienen durch Zerschlagung der über die Weichsel laufenden Verbindungen. Dagegen werden großangelegte Angriffe nach Rußland mit Ausnahme vom Einsatz der Atom-Waffe und Vernichtung des Ölgebietes von Baku erst möglich sein, wenn das sowjetische Vorgehen zu Lande zum Stehen gebracht worden ist."

Es ist aus diesen Auszügen ersichtlich, woher die Strategie der Vorwärtsverteidigung, die Air-Land-Battle und dem Rogers-Plan zugrundeliegt, kommt.
Als westdeutschen Beitrag zur Umsetzung dieses gesamtdeutschen Angriffsplanes gegen die Sowjetunion erachteten die Offiziere eine 12 Divisionen starke Panzerarmee mit 250.000 Mann als das Mindeste. Dabei sollten diese Divisionen ohne Mobilisierung aus dem Stand kampffähig und so aufgebaut sein, daß sie nur auf das notwendigste mit Stabs- und Verwaltungsstellen beschäftigt waren.
Letzten Endes wurden diese Ziele erst in den Jahren 74 bis 78 erreicht, zu Hochzeiten der sozialliberalen Koalition, als Schmidt mit der Heeresstrukturreform 4 gerade die Kampffähigkeit der Panzerverbände verbesserte und sein Nachfolger Apel für die entsprechende Bewaffnung und personelle Ausstattung sorgte.
Von Seiten der Himmeroder Offiziere wurde für die Schaffung dieser Armee ein Zeitplan für die Requirierung, Schulung und Aufstellung der Einheiten entworfen, nachdem die ersten Einheiten im Herbst 1951 aufgestellt werden sollten. Wenn man sich fragt, worauf die doch offensichtliche Zeitverzögerung von 4 Jahren zurückzuführen ist, so spielen gewiß einige - auch internationale - Faktoren eine Rolle. Einer der wichtigsten war der Widerstand gegen die Remilitarisierung in der BRD selber



Zu den Aktionen nach Günters Ermordung

Erklärung zum Solidaritätsfest in Ludwigsburg

Deutschland im Herbst:

Günther Sare wird in Frankfurt bei einer NPD-Gegendemo ermordet. Darauf folgende Demos gegen das Vorgehen der Bullen in Frkft. werden eingekesselt,zerschlagen, kriminalisiert.Allein in Stgt. ergehen 5Haftbefehle(z.Z.auf Auflagen/gegen Kaution aufgehoben) wegen schweren Landfriedensbruchs (Mülltonnen in 'ne Nebenstr.geschoben)Rädelsführerschaft,Sachbeschädigung.
3ooLeute werden wegen 2 zerstörter Scheiben mehrere Stunden festgesetzt und nur gegen Angabe von Personalien und einem Foto wieder freigelassen.
DAS HAUT WIEDER VOLL REIN
In allen Medien werden nach den Krawallen zum Tod von Günther die militanten Linken(schwarzer Block)als Hirn-u.Kopflose Chaoten, Krawallmacher u.Anarcho-Rocker abgestempelt.Ein politischer Anspruch,ein gezieltes Handeln wird uns abgesprochen(z.B.Spiegel-Berichte).
Auf Demos werden nun nicht mehr nur einzelne Leute rausgegriffen u.kriminalisiert,sondern der gesamte schwarze Block wird eingekesselt,abgelichtet,kontrolliert u.mit Strafverfahren überhäuft.
Ein gutes Beispiel hierfür ist auch die Demo in München(12.1o.), wo die Bullen einmal versuchten den schwarzen Block einzukesseln, was aber durch entschlossenes Verhalten einiger unserer Leute verhindert werden konnte.
Die ganze Demo war für die Bullen eher eine"Niederlage";was sie dann veranlasste nach der Demo in der Innenstadt von Mü. wahllos Leute festzunehmen,die äußerlich Leuten aus dem schw. Block ähnelten.
Genauso verhielten sich die Bullen an dem Straßenfest nach der Demo in Haidhausen.Nachdem sie mit einem ihrer Zivis(Flaschenwurf)einen Einsatz provoziert hatten(ca.2ooo Bullen belebten den Stadtteil abends), knüppelten sie alles nieder u. nahmen über 1oo Leute wahllos fest,die sich in der Nähe des Straßenfests bewegten.
Anders als nach den Nürnberger Massenverhaftungen,an denen sich eine gewissermaßen liberale Öffentlichkeit noch erregt hatte, gibt es an dem Vorgehen der Bullich von faschistischen Regimes bekannten-Massenverhaftungen u. Kriminalisierungen eliminieren zu können.
Leute von uns haben Verfahren wg.diverser Aktionen laufen.
Wir brauchen Kohle für Prozesse!
Deshalb gibt es eine
PROZESSKOSTENFETE am 3o.11.
ab 19 Uhr im DemokratischenZentrum
Wilhelmstr.45/1 Ludwigsburg



Rechtshilfekonto:
VoBa.LB Blz.6o499o15o
Kto.Nr. 5o7597oo1

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

9. Wahlperiode

Drucksache 9/ 2169

LANDTAG
von Baden-Württemberg

1985 X 3 16:34

ANTRAG

der Abgeordneten Hermann Schaufler u.a. CDU

Gewalttätige Krawalle in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

1.über die jüngsten gewalttätigen Krawalle in B.-Württ.zu berichten und dabei insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:
-Zahl u.Herkunft der von außerhalb zugereisten Personen
-Personen aus dem RAF-Sympathisantenkreis
-Zahl u.Nationalität der ausländischen Personen
-Anteil der Vermummten
-Bewaffnung
-Personen-u.Sachschaden
-Zahl der festgenommenen Pers.
-Einleitung von Strafverfahren;

2. spätestens zum 1.April1986 über Stand bzw.Ergebnis der entsprechenden Strafverfahren zu berichten:

3.zu berichten,ob ihr Erkenntnisse über ein bundesweites Informationssystem zur zentralen Organisation von gewalttätigen Demonstrationen vorliegen.

Stuttgart,den 3.Oktober 1985
(ca.12 Unterschriften)

INNENMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG

Antwortschreiben des Innenministeriums Bad.-Württemberg vom 31.1o.85
Az.:III 81o1/877

Eilt!
Landtagssache

Stuttgart, den 31.10.85
Durchwahl (0711) 2078- 33 87
Aktenzeichen: III 8101/877
(Bitte bei Antwort angeben)

An Herrn Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg
Haus des Landtags
Stuttgart

nachrichtlich

Staatsministerium
Justizministerium

Betr.Antrag des Abgeordneten Schaufler u.a. CDU
betr.gewalttätige Krawalle in Baden-Württemberg

Drucksache 9/2169 vom 3.1o.85

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident!

Das Innenministerium nimmt im Einvernehmen mit dem Justizministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Zu 1.:

1.Aus Anlaß des Todes von Günter Sare am 29.9.85 in Frankfurt kam es auch in Baden-Württemberg zu gewalttätigen Demonstrationen bzw.Aktionen vor allem linksextremistischer Gruppen.Hierbei entstanden teilweise Personen- und Sachschäden.Schwerpunktmässig waren die Städte Freiburg, Stuttgart,Tübingen,Mannheim, Karlsruhe,Ulm und Tauberbischofsheim betroffen.Daneben waren im ganzen Land eine Vielzahl

teilweise auch gegen Polizeieinrichtungen gerichteter Sachbeschädigungen wie beispielsweise Farbschmierereien(7o)u. Brandanschläge(9)zu verzeichnen.

Zur Nr.1,erster Spiegelstrich können exakte Angaben im übrigen nur gemacht werden,soweit gegenüber Demonstrationsteilnehmern konkrete polizeiliche Maßnahmen getroffen wurden.Es muß deshalb davon ausgegangen werden,daß die tatsächlichen Zahlen über den ermittelten Angaben liegen.

1.1
Über Anzahl und Herkunft von auswärts angereister Personen sind daher vollständige Angaben nicht möglich.Anläßlich einer Demonstration am 1.1o.85 in Stuttgart wurden die Personalien von 272 Teilnehmern festgestellt.Davon waren 141 Personen außerhalb von Stuttgart(darunter 13 Personen außerhalb Baden-Württembergs) wohnhaft.

1.2
Als Teilnehmer gewalttätiger Aktionen wurden insgesamt aus dem RAF-Sympathisantenkreis 31 Pers. erkannt.Davon waren an Geschehnissen in
Stuttgart 22 Personen,
Tübingen 6 Personen,
Ulm 2 Personen,
Mannheim 2 Personen beteiligt.

1.3
Über Anzahl und Nationalität ausländischer Staatsangehöriger,die an Ausschreitungen beteiligt waren,sind aus den genannten Gründen vollständige Angaben ebenfalls nicht möglich.
In Stuttgart wurden 25 ausländische Demonstrationsteilnehmer festgestellt,darunter
18 türkische,
2 griechische Staatsangehörige
sowie jeweils
ein britischer
italienischer
jugoslawischer
kanadischer und
österreichischer Staatsangehöriger.

1.4
Der Anteil vermummter Personen ergibt sich aus folgender Übersicht

Aktionen in/am	geschätzte Teilnehmer (gesamt)	Vermummte Personen (geschätzt)
Tübingen 29.9.85	15o	4o
Freiburg 29.9.85	5o-6o / 2o	5o-6o / 2o
Mannheim 3o.9.85	4o-5o	3
Stuttgart 1.1o.85	35o	25
Ulm 2.1o.85	8o	-
Tauberbischofsheim 5.1o.85	3o	-

1.5
Bei Festnahmen konnte die Polizei Taschen-und Springmesser,Eisenketten,Tränengas,Kettenteile u.ä. sicherstellen.Als Wurfgegenstände wurden Pflastersteine,Flaschen und Knallkörper benutzt.

1.6
Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden 4 Polizeibeamte sowie ein Vertreter des Amtes für öffentliche Ordnung der Stadt Stuttgart verletzt.Ungerechnet die bei kleineren Aktionen wie Farbschmierereien und Brandanschläge verursachten Schäden,entstand Sachschaden in einer Gesamthöhe von ca.2oo ooo DM.Davon entfallen allein 15o ooo DM auf die Folgen der gewalttätigen Auseinandersetzungen am 29.9.85 in Freiburg.

1.7
Insgesamt wurden in Stuttgart, Freiburg,Mannheim,Ulm und Tauberbischofsheim 313 Personen festgenommen.

1.8
In 289 Fällen wurden Strafverfahren,insbesondere wegen Sachbeschädigung,Körperverletzung, Vergehen gegen das Versammlungsgesetz,Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Landfriedensbruch eingeleitet.

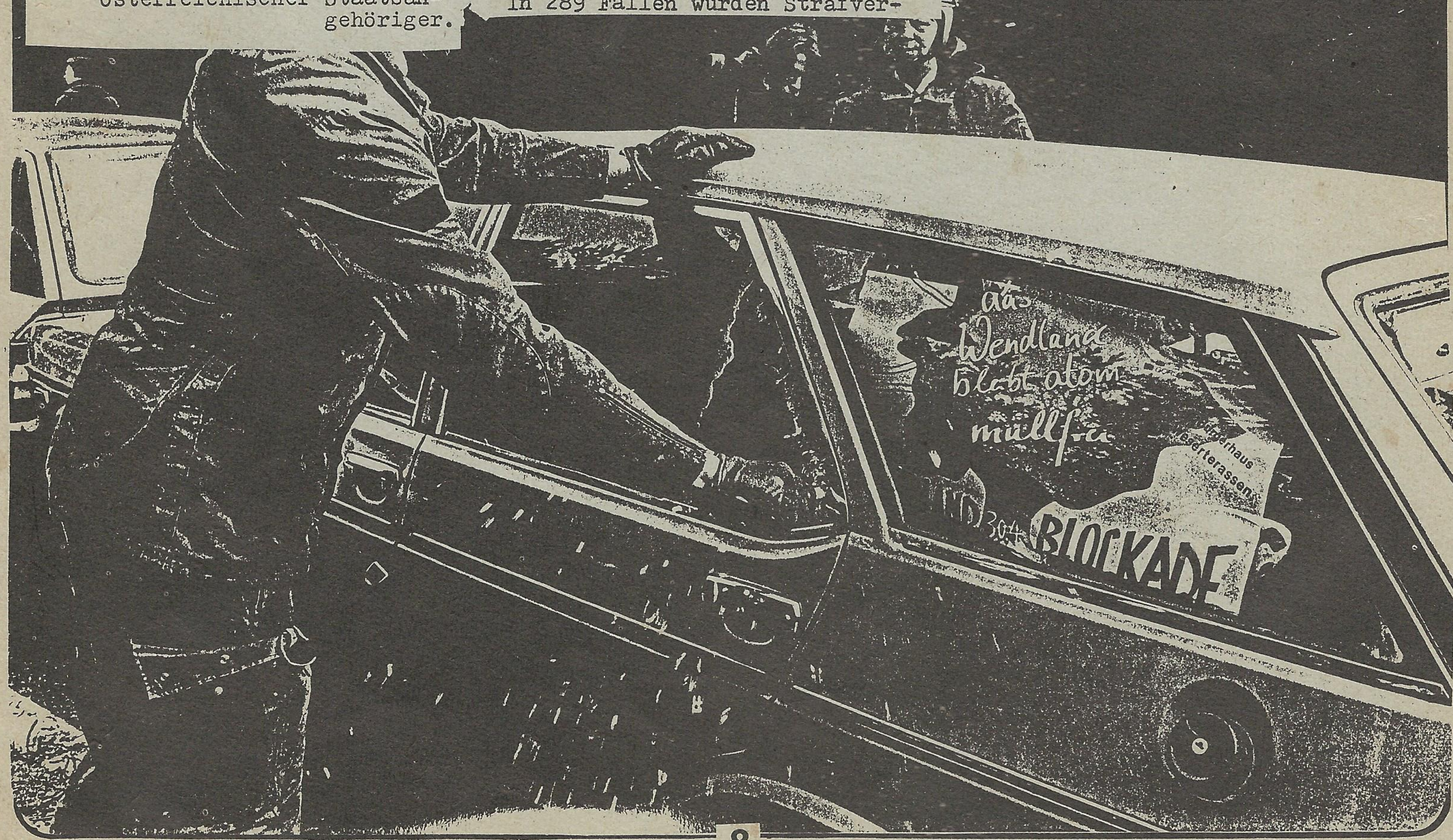
Zu 2:
Innenministerium und Justizministerium werden entsprechend berichten.

Zu 3:
Dem Innenministerium liegen keine Informationen über die Existenz"eines bundesweiten Informationssystems zur zentralen Organisation von gewalttätigen Demonstrationen"vor.Ein solches Steuerungsinstrument,dessen Funktion naturgemäß längerfristig angelegt sein müßte,widerspräche dem Selbstverständnis gerade der militanten autonomen Szene,die nach seitherigen Erkenntnissen organisatorische Verfestigungen nur in engen Grenzen duldet.

Unstreitig ist dagegen,daß linksextremistische Gruppen aller Richtungen untereinander in Verbindung stehen.Dies gilt auch für Angehörige der dem terroristischen Umfeld zuzurechnenden Zirkel im Bundesgebiet.Nach langjährigen Beobachtungen der Sicherheits-behörden wirken bestimmte Anlässe, wie jüngst der Tod von Günter Sare auf Teile der ohnehin gewaltgeneigten extremistischen Szene derart aktivierend,daß steuernde Gremien zur Koordinierung und Durchführung kurzfristig angesetzter Protestaktionen gar nicht erforderlich sind.Der Charakter des auslösenden Ereignisses und entsprechende Sofort-Publikationen bewirken vielmehr eine Art Initialzündung für spontan bundesweit aufflackernde Reaktionen.((hört,hört!))

Mit vorzüglicher Hochachtung

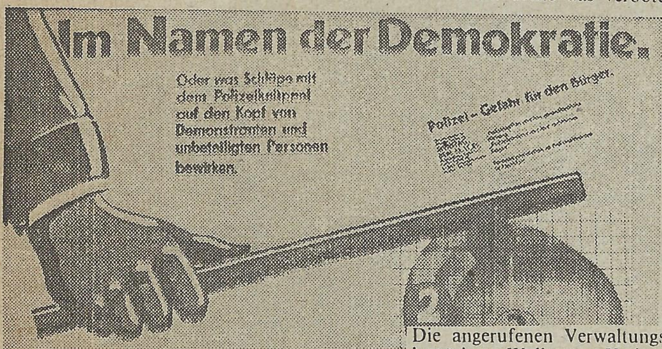
Robert Ruder
Staatssekretär



Nach dem Tod von Günter Sare

Zurück zur Tagesordnung?

Eineinhalb Monate nach dem Tod Günter Sares, der am 28. September bei einer Anti-NPD-Demo von einem Wasserwerfer der Polizei überrollt wurde, ist die Diskussion darüber in Frankfurt noch keineswegs verstummt. Bis heute werden Demonstrationen mit einem Verbot bedroht, wenn sie die Vorgänge um Günter Sare thematisieren. Bis heute hat die ermittelnde Staatsanwaltschaft die Öffentlichkeit nicht informiert, ob und gegen wen sie Anklagen erheben will. Bis heute ist keines der Besatzungsmitglieder des Todeswasserwerfers IV/1, der heute unter dem Kennzeichen II/4 wieder eingesetzt wird, vom Dienst suspendiert und das, obwohl die Indizien für eine Vorsatztat sich erhärtet haben. In verschiedenen Parlamentsgremien wurde mittlerweile über den Tod von Günter Sare diskutiert, Polizeigewerkschaftler haben mehrfach Strafanzeigen gegen prominente Grüne erstattet, die laut einen Mordvorwurf ausgesprochen hatten. Und doch ist die Diskussion in der sog. demokratischen Öffentlichkeit und auch in der beteiligten Linken wenig vorwärtsgekommen.



In einer Pressekonferenz gab die Rechtsanwältin der Familie von Günter Sare, Waltraud Verleih, bekannt, daß sie der Staatsanwaltschaft Frankfurt eine Liste mit 35 direkten Zeugen für den tödlichen Vorfall überreicht hat. Die Staatsanwaltschaft hat mit ihrer Vernehmung begonnen. Bereits zuvor hatte sie jedoch die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen den Frankfurter Polizeipräsidenten wie auch die polizeiliche Einsatzleitung abgelehnt. Frau Verleih bekommt bis heute keine Einsicht in die Ermittlungsunterlagen mit Ausnahme einiger Lichtbilder unbd eines vorläufigen Obduktionsberichtes.

Sehr still geworden ist es mittlerweile um die anfangs von Polizei und Staatsanwaltschaft gestreute Steinwurf-Theorie, nach der Günter Sare von einem Stein getroffen zu Fall gekommen und dadurch unter den Wasserwerfer geraten sei. Auch andere Informationen, die man lanciert hatte, der Tote habe einen Blutalkoholgehalt von 1,49 Promille gehabt, der Wasserwerfer sei „nur" mit einer Geschwindigkeit von 23 km/h ohne Beschleunigung oder Abbremsen über Günter Sare gefahren und last not least, der Getötete habe den Wasserwerfer mit einem Stock (!) bedroht, haben nach kurzfristigen öffentlichkeitswirksamen Pluspunkten für die „bedrohte" Wasserwerfermannschaft offenbart, daß sich das Geschehen einfach nicht erklären läßt, ohne einen irgendwie gearteten Vorsatz oder eine Absicht bei den beteiligten Polizisten zu unterstellen.

Demonstrationsverbote

Öffentlicher Protest gegen den Tod von Günter Sare und den anhaltenden Polizeiterror danach sollte auch weiterhin verboten bleiben. Für den 3.11. erließ der Frankfurter Oberbürgermeister ein Demonstrationsverbot gegen einen Fackelzug in die berühmt-berüchtigt gewordene Frankfurter Rohrbachstraße. Am 3. November 1981 hatte dort eine Polzeihundertschaft, die nur aus bundesweit zusammengezogenen Mitgliedern von sog. Sondereinsatzkommandos (SEK) bestand, ein Schlachtfest unter den eingekesselten Teilnehmern einer Demonstration von etwa 800 Startbahngegner/inne/n veranstaltet. Und wie es so „zufällig" ist, ging dem Polizeiüberfall eine antifaschistische Aktion voraus; einige Teilnehmer der nächtlichen Demo hatten seinerzeit in dem Nazibuchladen „Volk und Kosmos" die Möbel geradegerückt. Kurz nach diesem Vorfall veranstaltete das SEK den Überfall, der von allen Beteiligten als ihr schlimmstes Erlebnis mit der Polizei bezeichnet wird. Ein Novum ist, daß der seinerzeitige Einsatzleiter, ein Polizeioberrat Phillippi, für diesen Einsatz derzeit als Angeklagter wegen „Körperverletzung im Amt" vor Gericht steht. Seit 1981 wird nun jährlich eine „Erinnerungsdemonstration" an den Ort des Geschehens veranstaltet — dieses Jahr sollte das verboten sein.

Die angerufenen Verwaltungsgerichte bestätigten Wallmanns Verbot und begründeten, „... *daß sich die zu erwartenden Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ornung bei der gegebenen Sachlage auch nicht durch Auflagen vermeiden lassen. Insofern fällt ins Gewicht, daß die geplante Veranstaltung hinsichtlich ihrer Thematik, ihrer zeitlichen Verknüpfung mit einer Veranstaltung zur Räumung des Hüttendorfes, des Prozesses im Zusammenhang mit den Vorfällen in der Rohrbachstrasse und dem Tod von Günter Sare insbesondere den Personenkreis anspricht, der für die gewalttätigen Ausschreitungen an der Startbahn-West und die Vorfälle in der Zeit vom 28.9. bis 1.10. in Frankfurt verantwortlich ist. Hinzu kommt, daß sowohl die Aufrufe zur Teilnahme an der Demonstration als auch die Demonstrationsroute geeignet ist, die Emotionen der Veranstaltungsteilnehmer zu schüren, und dadurch die Gefahr von Verstößen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung begründet wird.*" (Beschluß des Verwaltungsgerichtes Frankfurt am Main IV/1 — H 2468/85)

Damit zensieren Wallmanns Ordnungsbehörde und die angerufenen Verwaltungsgerichte die Inhalte der angemeldeten Demonstration und erklären Proteste gegen den Tod von Günter Sare, gegen Polizeiterror und gegen die Startbahn-West für verboten. Die Demonstration fand trotzdem statt. Zwar hatte die Polizei sowohl am Treffpunkt als auch an der gesamten geplanten Wegstrecke massive Kräfte postiert, verhinderte jedoch zunächst nicht das Sammeln und den Abmarsch von am Ende fast 2000 Demonstranten, die das Verbot ignorierten. Nachdem der Demonstrationszug den engeren Innenstadtbereich verlassen hatte, sperrten die Polizisten den Weitermarsch und zerstreuten den Demozug, so daß schließlich nur ein Viertel der ursprünglichen Teilnehmerzahl am Endpunkt in der Rohrbachstrasse ankam. Dort wurden mutmaßliche Teilnehmer einer improvisierten Kundgebung eingekesselt und ihre Personalien festgestellt. Andernorts kam es zu Festnahmen, so daß insgesamt gegen mehr als 50 Menschen Ermittlungsverfahren wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet worden sind. Das sollten auch die bedenken, die das natürlich erfreuliche Stattfinden der Demonstration trotz Verbots etwas zu vollmundig als Ausdruck der Schwäche der Polizei, als Sieg über Wallmann etc. feiern. Festzuhalten bleibt, daß der Frankfurter OB das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit in ein Demonstrationsverbot mit Erlaubnisvorbehalt umgewandelt hat, so daß die Frankfurter Presse gegenwärtig Demonstrationen so ankündigt, daß noch offen sei, ob Wallmann den Aufzug genehmige. Um einer Situation zu entgehen, in der ähnlich wie in Südafrika, wohin Wallmann besonders intime Beziehungen pflegt, nur noch zu Beerdigungen legal demonstriert werden kann, organisierte der Trägerkreis der Aktionen der letzten Wochen eine Demonstration zur Wiederherstellung des Demonstratonsrechtes. Zwar gelang es, den Aufruferkreis um einiges zu erweitern, sodaß das Spektrum nun von Jungsozialisten über Stadtjugendring, DKP, Grüne, Graue Panther, Tierschützer und KB bis zu Starbahninitiative und Autonomen reichte, doch war die Mobilisierungs- und Diskussionszeit für eine wirkliche Verbreiterung der Teilnehmerzahl zu kurz, so daß am 9.11. wiederum nur etwa 2000 Teilnehmer unter dem Motto **„Wann demonstriert wird, bestimmen wir!"** in die Rohrbachstrasse zogen. Es muß daraus gelernt werden, daß für den Erfolg einer politischen Demonstration mehr Gesichtspunkte entscheidend sind als ihre technisch-organisatorisch effiziente Vorbereitung, die heute knapp 2000 Menschen in Frankfurt befähigt, die Demonstration durchzuführen, auch wenn die Polizei mit nicht allzu brutalem Vorgehen ein Verbot durchsetzen will.

Als gar nicht angenehm empfanden wir die zuweilen aufkommenden Stimmen, die die „Ungleichbehandlung" jüdischer Demonstranten durch die Stadt anläßlich ihrer Aktion gegen die Faßbinderaufführung („Der Müll, die Stadt und der Tod") monierten, um eine „Privilegierung" der jüdischen Gemeinde nahezulegen und deren Protest dadurch abzuwerten. Allerdings wurden derartige Losungen nur hinter vorgehaltener Hand verbraten, so daß eine öffentliche Auseinandersetzung mit dieser Stoßrichtung nicht stattfand.

Im Frankfurter Stadtparlament verwehrte der Stadtverordnetenvorsteher Labonte vier Zuschauern den Zutritt zur Zuschauertribüne, weil diese Flugblätter verteilt hatten, die die Polizei beschuldigten, Günter Sare ermordet zu haben. Derartige Zensurpraktiken, die von der CDU-Fraktion gebilligt wurden, waren aber noch gar nichts im Vergleich mit der Veröffentlichung im „Gallus-Echo", einer Stadtteilzeitung der CDU für den Bezirk, in dem Günter Sare getötet wurde. Ein früherer CDU-Stadtverordneter namens Eisenkrätzer wetterte hier gegen „rot-grüne Faschisten", gegen „Bürgerkriegsapostel", „Plünderer, Brandstifter und Zerstörer". Die Polizei könne „ *es sich im Einsatz nicht leisten, ihre Handlungen politisch abzuwägen oder gar die Geschwindigkeit ihrer Fahrzeuge auf den Rhythmus von Bürgerkriegsspielern einzustellen*". Fazit des rechtsradikalen Schmierfinken: „*Die totale Demokratie taugt nicht für viele Deutsche. Sie führt zur Anarchie*".

Die CDU-Fraktion im Ortsbeirat des Gallus-Viertels kann sich glücklich schätzen, daß ihr für diesen Artikel auf der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirats nur einige Eier um die Ohren flogen. Bezeichnend ist, daß sich der Fraktionsvorsitzende der Römer-CDU, Gerhard Wenderoth, voll hinter diese Ausfälle gestellt hat.

Der Landtag hat mittlerweile mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die grünen Antragsteller die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschußes zum Tod von Günter Sare abgelehnt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Welteke führte aus, von einem Untersuchungsausschuß seien „*keine neuen und zusätzlichen Erkenntnisse zu erwarten*" und verwies auf die seiner Meinung nach ausreichende Berufung eines „unabhängigen Untersuchungsbeauftragten" durch Innenminister Winterstein. Abgesehen davon, daß dieser Beauftragte im Gegensatz zu einem Untersuchungsausschuß keine rechtlich abgesicherten Kompetenzen zur Zeugenvernahme etc. hat, ist auch die nominierte Person durchaus suspekt. Erkel war 1977 Mitglied des Schleyer-Krisenstabes, dessen dubiose Praktiken durch die jüngsten Enthüllungen über Geldzuwendungen an den BND durch die Industrie einmal mehr ins Zwielicht geraten sind.

Den Grünen im Landtag ist vorzuwerfen, daß der Antrag auf Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschußes viel zu spät kommt und erst durch einen Basisbeschluß auf der Landesversammlung erzwungen werden mußte. Entsprechend dünn war dann auch die Antragsbegründung durch das Nachrückertalent Jochen Vielhauer: Die Forderung nach einem Untersuchungsausschuß sei keine Mißtrauenserklärung gegenüber der Landesregierung. Nicht das Staatliche Gewaltmonopol, sondern dessen Ausübung stünden auf dem Prüfstand (nach TAZ v. 13.11.85). So lag der CDU-Innenpolitiker Nassauer in der Landtagsdebatte nicht einmal total daneben, wenn er die Grünen verhöhnte, „*sie könnten einen Untersuchungsausschuß ernstlich nicht wollen. Denn wenn der Untersuchungsausschuß herausfände, daß der Polizei kein Vorwurf zu machen sei, müßten die Grünen ja einräumen, daß ihre Verdächtigungen haltlos gewesen seien. Und wenn der Ausschuß wider jegliche Wahrscheinlichkeit, Verfehlungen der Polizei aufdecken würde, ... hätten die Grünen sicherlich die größten Schwierigkeiten, vor ihrer 'Basis' die Wiesbadener Koalition mit Vertretern eines Staates zu rechtfertigen, dem nachgesagt werde, er habe einen Menschen umgebracht.*"(FAZ 13.11.85) Unerwähnt blieb die Zustimmung der grünen Parlamentarier zu der Anschaffung dieser neuen Wasserwerfer im Polizeietat 1983. Die Grünen haben also durchaus selber ein schlechtes Gewissen. Die Grünen werden, wie schon bisher praktiziert, mit Schweigen über diesen Vorwurf hinweggehen und hoffen, daß das lästige Thema, das die SPD und auch sie selber nur in Schwierigkeiten bringt, möglichst bald vom Tisch kommt; sodaß man sich dann nur noch mit „strukturellen" Polizeireformen zu beschäftigen braucht. Wir erinnern daran, daß weitsichtige Kritiker der Landtagsgruppe bereits auf der Landesversammlung in Lollar Anfang 1983 in einem ironischen Antrag Vorschläge der Grünen für ein „alternatives Landeskriminalamt" mit „alternativen Verhörtechniken" und „alternativem Schußwaffengebrauch" als Verhandlungsauftrag forderten ...

Politsche Aufarbeitung notwendig

Mit ca. 500 Teilnehmern war eine Veranstaltung der „Vereinigung Hessischer Strafverteidiger e.V." und der „Liste demokratischer Ärzte" gut besucht. In einer aufsehenerregenden Plakataktion hatten sie zuvor mit Motiven, die wir nebenstehend abgebildet haben, zu der Veranstaltung mobilisiert. Auch die „Hessenschau" des ersten Fernsehprogramms berichtete über die gelungenen Bilder über die „Arbeit der Polizei". Auf der Veranstaltung stellten Sebastian Cobler und zwei Ärzte juristisch und medizinisch das polizeiliche Gewaltvorgehen gegen Demonstranten in anschaulicher Weise dar.

Diese Informationsveranstaltung war aber immer noch nicht die dringend notwendige Auseinandersetzung um die politischen Fragen, die in der Frankfurter Linken endlich einmal nach dem Tode Günther Sares diskutiert werden müssen: Warum geht die Polizei besonders bei antifaschistischen Demonstrationen mit unvergleichlicher und lebensgefährlicher Härte vor. Welche Strategie steckt in dem von Staat und Polizei geförderten Entsolidarisierungsprozeß zwischen militanten Linken und den Befürwortern des „staatlichen Gewaltmonopols"? Welche Chancen hat eine Reformstrategie überhaupt noch angesichts der Tötung von Antifaschisten.

KB/Gruppe Frankfurt

Zum Angriff des Staatsschutzes auf die Hafenstraße in Hamburg

Am 16.Oktober veröffentlichte die taz ein Interview mit Lochte, dem Chef des hamburgischen "Verfassungsschutzes". Die taz beteiligte sich mit dem Interview an einem direkten publizistischen Angriff auf die Leute in den besetzten Häusern in der Hafenstrasse in Hamburg, der die Öffentlichkeit auf die Kriminalisierung und die Räumung einstimmen sollte. Als Reaktion auf den Abdruck zerstörten dann 40 Autonome und Antiimperialisten die Produktionsstätten der taz in Hamburg, was viel Kritik, aber auch Zustimmung in der Szene hervorrief.
Es ist jetzt wichtig, daß die Solidarität mit den Leuten in der Hafenstrasse nicht abreißt. Die Hafenstrasse ist ein starkes Zentrum des Widerstands und selbstbestimmten Lebens, was für alle in der BRD wichtig ist, die Veränderung und Befreiung wollen. Daher ist die Gefahr der Räumung keine Lokalsache - oder andersrum: es ist Sache für uns alle, daß es die Hafenstrasse weiterhin gibt. Die vier folgenden Erklärungen - zwei davon von den Leuten in der Hafenstrasse selbst - sollen ein Anstoß zur Auseinandersetzung mit der Hafenstrasse sein. Die Erklärungen wurden in "SABOT - Hamburger Infosammlung" Nr.4 v. 2. Nov. abgedruckt. Die erste Erklärung haben wir etwas gekürzt.

Die RAF zieht in die Hafenstraße – die TAZ zieht aus

selbstverständlich fanden wir die aktion gegen die taz erstmal gut.
die diskussion, die lochte mit der seite in der taz provoziert hat und die ER will, wird jetzt von der taz an der aktion hochgezogen. die diskussion wäre auch ohne die aktion früher oder später gelaufen; vielleicht nicht mit der vehemenz und der schärfe.
die diskussion in dem ganzen breiten linksliberalen spektrum läuft in eine verkehrte richtung. und zwar in die, in die die taz sie schiebt: in eine hetze gegen die hafenstrasse - die vandalen, die haßkappenfraktion, die schlägertrupps. hinterfragt wird aber selbst jetzt noch nicht der lochte-artikel; dessen operatives ziel und dessen materieller zweck: entsolidarisierung in der linken, um die zerschlagung und vernichtung der gruppe zu erreichen.
um das zu verdeutlichen:
am 16.10.: der artikel von lochte mit einer ganzen seite in der nationalen taz.
am 18.10. war der brandanschlag gegen uns, der die bisherige spitze der konfrontation darstellt, und der klar macht, wie real die bedrohung ist:
denn nur durch zufall konnte das feuer früh genug entdeckt werden, minuten später hätte es tote geben können. das war der taz ein kleiner nichtssagender artikel im hamburgteil wert.
die aktion gegen die taz wird aber von ihr zum thema der nächsteb zwei wochen hochstilisiert, national und dick und fett. die taz benutzt die aktion, um von dem, was real läuft, abzulenken.
wir denken jetzt, daß es ein fehler war, die ganze lochteseite in der taz nicht gleich verhindert zu haben. das wäre der sache angemessen gewesen.
warum das nicht gelaufen ist, daß wir nicht früh genug das angepeilt haben, und die taz damit jetzt noch hausieren geht, um sich in´s rechte licht zu setzen, kam so zustande:
am freitag, den 11.10., führten th. janssen und h.g. meyer-thompson das interview mit lochte. am montag, den 14.10., hat h.g. bei einem von uns in der hafenstrasse angerufen: daß sie am mittwoch ein interview mit lochte in der taz bringen, wo es auch um die hafenstrasse geht und wir sollten doch bis morgen, also dienstag, eine stellungnahme dazu geben. sie fänden es gut, wenn die andere seite auch zu wort kommt. ein kleiner beitrag von uns, das alibi, um ihre kollaboration mit dem staatsschutz zu verschleiern.
am montagabend sind trotzdem noch 2 von uns zur taz gefahren, um das interview schon mal vorab zu lesen. das war ein spontaner einfall, kein gruppenbeschluß oder sowas. bei der taz wollten sie das interview haben, um es mitzunehmen, damit es alle lesen können. th. janssen und h.g. meyer-thompsen meinten: unmöglich, sie würden es nicht aus der hand geben, aber die beiden könnten es jetzt auf der stelle lesen. ... sie konnten es nur überfliegen, weil es ein packen von 40 seiten war, und th.j. und h.g. ständig druck machten, sie müßten weg.
..... die beiden von uns waren mit dem interview noch garnicht fertig, da haben th.j. und h.g. ihnen den artikel, den sie aus dem interview fabriziert hatten, unter die nase gehalten. die beiden konnten nur checken, daß nur ein bruchteil des interviews verwendet worden war, lesen konnten sie den artikel nicht. eine von uns sagte noch was zum kommentar von th.j., was ihr auf die schnelle trotzdem aufgefallen war: th.j. hatte sich darüber mokiert, daß der verfassungsschutz nur andeutungen über die raf in der hafenstrasse macht, ohne daß er schon einzelne haftbefehle hat. mit dem tenor: wenn lochte haftbefehle hätte, würde man ja sehen, daß die hetze hand und fuß hat. eilfertig sagte dann th.j., daß er das ändern würde. ....
am dienstagmittag kamen dann 12 leute von uns in die taz, die das teil lesen wollten. th.j. war nicht da, h.g. sowieso nicht, das interview auch nicht. ein tazler versuchte, th.j. telefonisch zu erreichen. eine halbe stunde später rief h.g. zurück und sagte, das ding wäre gelaufen, und daß wir es jetzt nicht mehr lesen könnten.
....
uns wurde klar, was die taz daraus gemacht hatte: das ziel von lochte, die entsolidarisierung von uns, in die linke zu tragen, und die aktuelle bedrohung von uns. psychologische kriegführung hat auch immer ein operatives und ein materielles ziel. wir können es auch so sagen: die taz unterstützt lochte in die linke rein. und wollte uns dazu noch als alibi benutzen, damit´s keiner merkt, ihre funktion darin nicht begriffen wird.
die funktion von "raf in der hafenstrasse" ist folgende:

1. die linksliberale scene von uns abzuspalten, und
2. eine ebene der konfrontation hier bei uns vorzubereiten, für die der tod von günter in ffm, der brandanschlag auf uns und der mord in amsterdam steht. das heißt, über "raf in der hafenstrasse" den rechtsfreien raum zu schaffen und tote bei der räumung (die sie schon angekündigt haben) im voraus zu legitimieren.

29.10.85 hafenstraße

Aus der Analyse unserer Situation...

Aus der Analyse unserer Situation und unseren Vorstellungen davon, wie´s weitergehen soll, haben wir das Bedürfnis entwickelt, euch kennenzulernen, um zu überlegen, wie wir zusammen weiterkommen

in den wochen seit günter sares ermordung wird der angriff des staates gegen uns als gruppe immer schärfer. es geht ihnen jetzt endgültig darum, uns zu zerschlagen.
wir finden es jetzt notwendig, was zu unserer situation zu sagen, weil das, was hier konkret läuft, kaum einer mitkriegt.
die bisherige spitze der angriffe gegen uns war der brandanschlag auf die volksküche am 18.10. die linie der zuspitzung bis zur konfrontation jetzt läßt sich an einzelnen punkten verfolgen: sylvester 84/85: diskussions-aktions-festtage mit einer großen demo gegen den knast. januar 85: 2 leute (1 aus der hafenstraße) werden bei einer scherbenaktion zur zusammenlegung der gefangenen im hungerstreik festgenommen. anfang februar 85: barrikade um unsere solidarität mit dem kampf der gefangenen praktisch zu machen. die raktion darauf kam im april mit der konkreten räumungsdrohung. in unserem kampf dagegen ist ihnen die rechtsstaatliche schiene, auf der sie die räumung damals noch durchsetzen wollten, gebrochen.
was jetzt rauskommt, ist der offene staatsfaschismus.
- ab juni wurde von der obersten bullendirektion "RAUMSCHUTZ" angeordnet, d.h. die einkreisung des gebiets um die hafenstrasse durch eine sondereinheit; offene provokative observation rund um die uhr.
- bei einer bullen-aktion anfang august gegen die häuser - von ihnen provoziert - drohte uns der einsatzleiter zum ersten mal offiziell schußwaffengebrauch an. der einsatz war eine offene kriegserklärung. sie wollten uns auf militärischer ebene klarmachen, daß sie alle mittel haben - wir nichts.
- am 28. september dann ermordete die polizei in frankfurt günter sare. die danach gelaufenen aktionen in der ganzen brd waren in ihrer gesamtheit eine angriffswelle gegen den staat. was da aufbrach, ist eine neue stärke, die auch unseren kampf auf eine neue grundlage stellt. von da aus können wir neue u.d. verbesserte kampfbedingungen herstellen. darum geht´s uns. und so erklärt sich auch die heftigkeit und die schärfe der reaktion:
- 3 tage nach der ermordung powert verfassungschef lochte persönlich unsere schnelle zerschlagung über die medien durch. das läuft auf allen ebenen: - bausenator wagner sichert sich bei der parteibasis rückendeckung für die räumung. - dohnany schreibt in einem brief an die häusergruppe in der jäger-passage, daß die verhandlungen um verträge eingestellt werden, weil sie keine zustände wie in der hafenstrasse schaffen wollen. - innensenator lange schiebt nach und droht uns in der bürgerschaftssitzung am 16.10. mit toten. - mit dem ziel der spaltung und entsolidarisierung bringt die taz

am 16.10. ihre seite mit lochte und leistet so ihren beitrag zu den ganzen angriffen auf uns. - am morgen des 18. 10. dann der brandanschlag gegen uns. - am 25.10. räumung der besetzten wohnungen in der jäger-passage, um sich das schußfeld gegen uns freizumachen. daß der brandanschlag gelöscht werden konnte, bevor er auf wohnungen und menschen übergreifen konnte, war ein zufall. kein zufall ist das datum. die schweine drohen uns mit dem, was sie 1977 gegen die offensive der raf durchgezogen haben - ermordung der gefangenen. die drohung macht klar: gegen unseren widerstand sind sie bereit, ihr ganzes terrorarsenal einzusetzen. was sie damit treffen und zerschlagen wollen, ist der prozeß von zusammen kämpfen, der hier läuft, unser kampf um befreiung - widerstand, den sie nicht mehr unter kontrolle haben.

...und unseren Vorstellungen davon, wie's weitergehen soll

weil wir bei aller verschiedenheit der vorstellungen in den 4 jahren, die wir darum kämpfen, hier in den häusern so zusammen leben zu können wie wir das wollen, ein verhältnis von solidarität entwickelt haben, wo sie keinen fuß mehr reinkriegen - und was sich nach außen als kraft gegen sie entwickelt. wir sind ein kristallisationspunkt geworden, von dem in bestimmten situationen eine handlungsfähigkeit ausgeht. sie wollen uns direkt treffen, und jetzt dagegen zu kämpfen, ist für uns existenziell. wie die ermordung von günter sares hat auch der brandanschlag gegen uns klargemacht, was jetzt das niveau der konfrontation ist. es geht um uns, aber uns ist daran klargeworden, daß es nicht nur um uns als gruppe geht, sondern daß sie damit, wenn sie uns räumen können, eine bresche in die entwicklung des gesamten widerstandes hier reißen wollen.

deswegen denken wir, daß das nicht nur uns angeht, sondern genauso andere gruppen und zusammenhänge in hamburg und in anderen städten in der brd. wir wollen ende dezember (silvester) ein treffen machen, wo wir unsere erfahrungen austauschen können, wie wir unsere kommunikationsstrukturen stärken können, wie wir aktionsfähiger werden.

(hafenstraße. ohne datum)

Am Montag, den 21.Oktober 85 gegen Mitternacht haben etwa 40 Frauen und Männer aus autonomen und antiimperialistischen Gruppen die TAZ-Räume aufgesucht und die Produktionsstätten zerstört. Die Aktion ist entstanden aus einer Diskussion über die Situation der Hafenstraße. Es ging erstmal darum, an dem, was an Angriffen gegen die Hafenstraße gelaufen ist - wo der vorläufige Höhepunkt der Brandanschlag in der Nacht auf den 18. 10. war - zu begreifen, daß es wirklich um die Zerschlagung der Gruppe geht. Dabei wurde für alle klar, daß die TAZ mit der Lochte-Geschichte diesen Angriff direkt in unsere Reihen verlängerte. Es ging darum, diese Tatsache klarzumachen. Gelaufen ist dann die Aktion auch einfach aus dem Bedürfnis heraus, gleich damit anzufangen.

Es ist dem Staat nicht gelungen, die Hafenstraße durch sogenannte rechtsstaatliche Methoden und diverse Polizeiüberfälle zu räumen. Einmal sicher wegen der zu erwartenden breiten Entrüstung, die weit in's linksliberale Spektrum gereicht hätte, zum anderen aber auch wegen des Aufruhrs, der bundesweit nicht ausgeschlossen werden kann. Deshalb versucht Lochte jetzt, das linksliberale Spektrum abzuspalten, indem er gezielt über die TAZ verbreitet: "RAF in der Hafenstraße". Indem er so die Härte der Auseinandersetzung signalisiert, konfrontiert er dieses Spektrum mit seinem eigenen Widerspruch - einerseits es innerhalb dieses Systems noch ganz gut auszuhalten, andererseits aber sich mit Menschen zu solidarisieren, die aus der Erfahrung kämpfen, daß dieses System zerschlagen werden muß, wenn sie ein selbstbestimmtes Leben leben wollen. (Und daß einigen ihr relativ privilegiertes Leben innerhalb dieses Systems näher ist als ihre Träume von einem selbstbestimmten Leben, haben ja viele der Stellungsnahmen, die die TAZ in letzter Zeit abdruckt, gezeigt). Gleichzeitig versucht Lochte die Spaltung in die Hafenstraße reinzudrücken. Mit dem Bild von "Führern und Handlangern" droht er auch die Zerschlagung der Gruppe durch gezielte Verhaftung einzelner an. Wo das dann auch keinen Linksliberalen mehr aus seinem Sessel reißen soll.
Die TAZ berichtet über das Gespräch mit scheinbarer journalistischer Neutralität und unter dem Aufhänger der "Solidarität mit der Hafenstraße". Genau das, was Lochte brauchte, um seine Angriffe wirkungsvoll zu lancieren. Das meint er auch, wenn er öffentlich sagt - wenn es die TAZ nicht gäbe, müßten wir sie gründen. Das ist kein schlechter Witz, sondern normale Geheimdienstpraxis. (Nach Philip Agee, einem ehemaligen CIA-Agenten, ist es eine der ersten Aufgaben der CIA gewesen, dort wo linke Zeitungen existierten, diese zu infiltrieren und ansonsten eigene Agenturen und Zeitungen hochzuziehen).
Den Vorstoß Lochtes in die Öffentlichkeit über Presseartikel, Veranstaltungen und zuletzt mit dem TAZ-Gespräch verstehen wir als Teil seiner Strategie, mit der er zwei wesentliche Staatsschutzinteressen durchsetzen will: einerseits den Dialog mit dem linksliberalen Spektrum unter dem Motto - Schutz der Verfassung als Sache aller Demokraten - zu führen, andereseits für alle Aktionen und Ideen, die nicht einzubinden sind in die bestehenden Herrschaftsstrukturen, einen - von diesem Spektrum akzeptierten - rechtsfreien Raum, den Ausnahmezustand, zu schaffen. Das zielt darauf ab, die Hafenstraße, die autonomen und antiimperialistischen Gruppen zu liquidieren. Gerade jetzt, wo die Revolten nach der Ermordung von Günter Sare zeigen, daß immer mehr Menschen bereit sind, die direkte Konfrontation mit dem Staat zu führen.
Aus dem Ganzen sollte deutlich werden, wie weit entfernt die Vorstellung ist, den Angriff auf die TAZ durchzuführen, um politisch Andersdenkende mundtot zu machen. Es geht einfach darum, den gemeinsamen Angriff von TAZ und Verfassungsschutz sichtbar zu machen und abzuwehren, und das auch unabhängig davon, daß wir die TAZ schon lange nicht mehr an ihrem ursprünglichen Anspruch, eine linke Zeitung zu sein, messen.

Wir im autonomen Plenum sollten die Auseinandersetzung um die Aktion jetzt auch nutzen, um uns über uns selbst klar zu werden, über die Situation der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Widerstandsformen und Strategien. Nur auf der Grundlage eines Prozesses eigener politischer Klarheit können wir bestimmen, auf welche Menschen wir uns beziehen wollen und wie wir Bündnisse eingehen wollen. (Es bringt uns nicht weiter, wenn wir immer wieder feststellen und darüber lamentieren, daß wir z. B. im Rahmen von Demonstrationen von KB und GAL aufgesogen werden, uns nicht richtig artikulieren konnten).

autonome und antiimperialisten

Gedächtnisprotokoll eines Gesprächs mit einem Genossen

Als ich von der Aktion gegen die TAZ erfuhr, habe ich mich erstmal gefreut. Moralisch halte ich die Aktion für berechtigt. Die Reaktionen des liberalen reformistischen Spektrums, zu dem ich die GAL, KB und TAZ auch zähle, und besonders auch die der sogenannten "Prominenten" haben mich nicht gewundert. Gewundert hat mich die Reaktion vieler, die ich aus anderen Zusammenhängen kenne.
Nicht, daß sie Kritik an der Aktion haben oder sie ablehnen, darüber will ich mich auch noch auseinandersetzen, sondern daß sie in das Wehgeschrei so einmütig miteinstimmten - in die Hetze über Gewalttäter und Chaoten; daß sie über Spaltung und Isolation durch die Aktion reden, aber alles tun, um die Spaltung und Isolation jetzt selbst in die Szene reinzutragen. Plötzlich verlieren sie kein Wort mehr darüber, über die Angriffe, die andauernd gegen jede autonome, antistaatliche Idee und Aktion von GAL und TAZ ausgehen.
Ich habe den Eindruck, einige der "Genossen" haben nur darauf gewartet, endlich einen Anlaß zu haben, sich einer solidarischen und verbindlichen Auseinandersetzung - die für unseren Kampf natürlich auch Folgen haben muß - zu entziehen, um sich in's liberale Lager abzusetzen. Dieses Verhalten macht mich ziemlich fertig. Eigentlich müßten sie sich doch wundern, in welcher Gesellschaft sie sich plötzlich so einmütig befinden.
Ob die Aktion zu diesem Zeitpunkt taktisch klug war, ob wir in der Lage sind, sie auch ausreichend zu vermitteln und die Angriffe auch abzuwehren, ob wir eigene Informationsstrukturen aufbauen können, die ohne die bürgerliche Presse auskommen, wie wir uns in Zukunft dem liberalen Spektrum gegenüber verhalten wollen - das sind alles Fragen, die mich zur Zeit sehr beschäftigen.
Aber eins habe ich erfahren, daß die Menschen, die sich mit der Aktion solidarisch auseinandersetzen, genau die Menschen sind, mit denen ich mir eine Zukunft vorstellen kann.

haben wir das Bedürfnis entwickelt, euch kennenzulernen, um zu überlegen, wie wir zusammen weiterkommen.

Veranstaltungskalender

So. 1.12.

THEATER

Theater der Altstadt
11.00 Brian D. Barnes v. J. Dickens "A Christmas Carol"
20.00 Herr Puntila und sein Knecht Matti v. B. Brecht

studio-theater
11.00 Die Möve Jonathan

Theater im Westen
15.00 Es war einmal... Gebr. Grimm Premiere-Erzählung
20.00 System Ribadier v. Feydeau Komödie

SONSTIGES

Laboratorium
20.30 Walter Mossmann "Kein Che wohnt nicht in Stuttgat-Mitte" (Lieder, Texte)

Theater tri-bühne
20.00 Jakob Krakel-Kakel u.a. Tiergeschichten v. Kyber

FILME

Kommunales Kino
14.00 Meister Eder u. sein Pumuckl
16.00 Der Malteser Falke
18.00 Der Leopard mit B.Lancaster
20.30 Der geteilte Himmel
22.30 Tote schlafen fest

Mo. 2.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Herr Puntila u. sein Knecht Matti v. Brecht

MUSIK

Maxim
21.00 Hans Hartz

FILME

Bürgerhaus Botnang
20.00 "stop making sense"

Kommunales Kino
14.00 Der Schimmelreiter
16.00 Der Schimmelreiter
18.00 Der Malteser Falke
20.30 Tote schlafen fest

SONSTIGES

Forum 3
19.30 Quardismus & Gewaltfreiheit Reinhardt Treu - Graswurzel F.

Theater im Westen
20.00 Ringelnatz Programm "Kartengrüße aus..."

Di. 3.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 "A Christmas Carol" v. Dickens

JH-Mitte
20.30 Nur Kinder,Küche,Kirche oder Meadea,Möller,Meinhof

FILME

Kommunales Kino
16.00 Die Ratten
18.00 Die Ratten
20.30 Engl.Film: What can I Do with a Male Nude?

MUSIK

Maxim
21.00 Erste allgem. Verunsicherung

POLITIK

Forum 3
19.30 Murray Bookchin Ökologischer Quarchismus

Laboratorium
20.30 Nicaragua Informationen über die akt. Lage dort

SONSTIGES

Theater im Westen
19.00 Vernissage: Ausstellung Helga Wagner (Öl,Aqua,Pastelle)

Zentrum Zoo in Tübingen
20.30 Die kleine Tierschau

Merlin
20.00 Märchen-Erzählabend mit cajo Kutzbach

Mi. 4.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Herr Puntila und sein Knecht Matti

JH-Mitte
20.30 Dario Fo Franca Rame
20.00 Graswurzelrevolution und F.A.U

Theater im Westen
20.00 System Ribadier (Komödie)

MUSIK

Maxim
21.00 Strapaze



SONSTIGES

Merlin
20.00 Vorlese-Abend mit Stehlampe

Zentrum Zoo in Tübingen
20.30 Die kleine Tierschau

Studio-Theater
20.00 Satirische, kom. Geschichten mit Wolfram Siebeck

POLITIK

Forum 3
19.30 Strukturelle Probleme des Quarschismus Heute von H. Strohwasser

Club Voltaire Tübingen
20.00 Mensa II, G.Wallraff liest aus "Ganz unten"

Laboratorium
20.30 El Salvador, Musik u. Infos

Do. 5.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Herr Puntila uns sein Knecht Matti
15.00 Meister Eder und sein Pumuckl

Studio-Theater
20.00 "Die Möve Jonathan"

Theater im Westen
20.00 System Ribadier v. Feydeau

Theater tri-bühne
19.30 Maria Stuart v. Schiller

MUSIK

Manufaktur Schorndorf
20.30 Poesie u. Musik... Jubiläums Tour 10 Jahre

Maxim
21.00 Herwig Mitteregger

Club Voltaire Tübingen
20.30 Uschi Flacke (Liedermacherin)

Laboratorium
20.30 Michael Sagmeister Group Spitzen Jazz/ Gitarre

POLITIK

Buchhandlung Niedlich
20.00 Vernissage: N.Ungeheuer aus Berlin, Bilder u. Illustrat. Sie liest auch vor

JH-Mitte
20.00 Rationalisierung,Flexibilisierung,Sabotage F.A.U

SONSTIGES

Zentrum Zoo in Tübingen
22.00 Die kleine Tierschau

Fr. 6.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Die amerikanische Päpstin v. Esther Vilar

Studio-Theater
20.00 "Gin-Rommé (Schauspiel

Theater im Westen
20.00 System Ribadier v. Feydeau

Theater tri-bühne
19.30 Maria Stuart v. Schiller

POLITIK

Forum 3
19.30 Projekt (A), Vorstellung einer "nein" anarchistischen Gesellschaft.

Laboratorium
20.30 Ingrid Irrlicht/Sergio Vesely/ Urs Fiechtner (Gesang für Armerika)

FILME:

Kommunales Kino
14.00 + 16.00 Kinderkino Der Zug in die Station Himmel
18.00 Effi Briest
20.00 Uzala, der Kirgise
22.30 Maschinenpistolen

SONSTIGES

Merlin
20.00 Gott und die Welt v. Wiech (Geschichte von Dario Fo)

Liberales Zentrum
20.00 Bruno Schollenbruch, Kabarett

JH-Mitte
20.00 Fest: Schock u. Schöppfung
20/22 Film: Deutschland im Herbst

Sa. 7.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Die amerikanische Päpstin

Theater tri-bühne
19.30 Maria Stuart v. Schiller

Theater im Westen
20.00 System Ribadier v. Feydeau

Studio-Theater
20.00 "Gin-Rommé" Schauspiel





MUSIK

Manufaktur Schorndorf
20.30 Helter skelter....Rock

Laboratorium
7. + 8.12 Aruma de Bolivia Bolivianische Folklore

Etzel, Etzelstr.
20.00 Fete mit "Siff"

JH-Mitte
20.00 Dr. Stange - Jazz, Blues

FILME:

Kommunales Kino
14.00 Der Zug in die Station Himmel
16.00 Elli Briest
18.30 Every Picture Tells a Story
20.00 Uzala, der Kirgise
22.30 Maschinenpistolen

SONSTIGES

JH-Mitte
14.00 Ökologisches Bündnis Stgt

Bürgerhaus Botnang
20.00 Lesung: "Wilhelm Busch Abend"

Merlin
20.00 Rembrandt (Meister des Hell-Dunkels) - Vortrag

So. 8.12.

THEATER

20.00 Wenn Du geredet hättest Desdemona v. Brückner
15.00 Momo v. Ende

Theater tri-bühne
20.00 Jakob Krakel Kakel u.a.

Theater im Westen
15.00 Grimms Märchen: Es war einmal.
20.00 System Ribadier v. Feydeau

Studio Theater
11.00 "Die Möve Jonathan"
19.00 "So eine Liebe" Schauspiel

Manufaktur Schorndorf
19.30 Theaterwerkstatt Honnover: "Echt ätzend" (Stück)

MUSIK

Maxim
21.00 Haindling

Merlin
11.00 Klassisches Frühstück mit Scott Treick (Gitarre)

FILME

Kommunales Kino
14.00 Der Zug in die Station Himmel
16.00 Engl.Film: Every Picture tells a Story

18.00 "Fetes et tragedies": Lumiere d' ete
20.15 Wenn der Postmann zweimal klingelt.
22.30 Uzala, der Kirgise

SONSTIGES

"Die Naturfreunde"
10.00 Matinee im "Fuchsrain" Stuttgart Gablenberg, Neue Strasse 150

Mo. 9.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Wenn Du geredet hättest Desdemona

Theater im Westen
20.00 La Musica v. M.Duras

FILME:

Kommunales Kino
14.00 + 16.00 Animal Farm
18.00 The Killing
20.30 Im Netz der Leidenschaft

Di. 10.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Hamlet (Theater aus Freiburg)

Theater im Westen
20.00 Der eingebildete Kranke v. Molière

MUSIK

Maxim
21.00 Jean Shy & The Sky Guns

FILME

Kommunales Kino
14.00 + 16.00 Romeo u. Julia
18.00 "Fetes et tragedies": Le crim de M. Lange
20.30 Wenn der Postmann zweimal klingelt

Laboratorium
20.30 Gregorio: Peruan. Spielfilm

SONSTIGES

Philippinisches Solidaritätsfest
JH-Mitte ab 19.30 Einlaß

Mi. 11.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Momo v. Ende

Theater im Westen
20.00 Der eingebildete Kranke

Theater tri-bühne
19.30 Diener zweier Herren

POLITIK

Zentrum Zoo in Tübingen
19.00 Marxistische Gruppe: Der aktuelle Stand der Friedensbewegung

MUSIK

Röhre
20.30 Konzert des JH-Mitte: Chin-Chat

Maxim
21.00 Dave Dee, Dozy, Beaky, Mick & Tich

SONSTIGES

Inst. f. Auslangsbeziehungen
11.12.85 - 16.3.86 Ausstellung Käthe Kollwitz

Studio-Theater
20.00 "Siebeck-Satirische Geschicht.

Do. 12.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Die amerikanische Päpstin
15.00 Meister Eder und sein Pumuckl

Studio-Theater
20.00 "Die Möve Jonathan"

Theater im Westen
20.00 Der eingebildete Kranke

Laboratorium
20.30 Taktlos Theater: Herzattacke" Erinnerungen an den Tod

MUSIK

Maxim
21.00 Villa Rouge

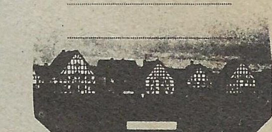
Zentrum Zoo in Tübingen
20.30 Jazz im Prinz Karl präsentiert: Mingus Dynasty

FILME

19.30 Filme aus Griechenland
20.00 Heimatfilme Beide im Kommunalen Kino

SONSTIGES

Buchhandlung Niedlich
20.00 Zwei Frauen: Ginka Steinwachs, Frankfurt Mona Winter, München Neue Texte



Manufaktur Schorndorf
19.30 Ulrich Plenzdorf liest aus seinen Werken (Diskussion)

Liberales Zentrum
20.00 Gewalt-und kein Mittel dagegen?

Fr. 13.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Die amerikanische Päpstin
15.00 Meister Eder und sein Pumuckl

Theater im Westen
20.00 Der eingebildete Kranke

Studio-Theater
20.00 "Gin-Rommé"

Theater tri-bühne
19.30 Der Diener zweier Herren

Merlin
20.00 Taktlos-Theater: Herzattacke aus Lübeck

FILME:

Kommunales Kino
14.00 + 16.00 Dick u. Doof Die Teufelsbrüder
18.00 Götz von Berlichingen
20.30 "Fetes et tragedies": Themroc
22.30 Die schwarze Natter

JH-Mitte
20/22 Die verlorene Ehre der Kath. Blum

MUSIK

JH-Mitte
20.00 Kursfest

Club Voltaire Tübingen
20.30 Thomas Löfke (Harfe)

Laboratorium
20.30 Giglia Canessa (Ex-Chilenin) Lieder zur Liebe u. zu Leuten

SONSTIGES

Liberales Zentrum
20.00 Mitgliederversammlung zum Thema "Programm"

Sa. 14.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Der kleine Prinz

Theater tri-bühne
19.30 Eiche u. Angora v. Walser

Studio-Theater
20.00 "Gin-Rommé"

Theater im Westen
20.00 Der eingebildete Kranke

MUSIK

Manufaktur Schorndorf
19.30 FUSION Stgt.-Rock/Jazzband

Laboratorium
20.30 An Erminig - Keltische Lieder

Club Voltaire
20.00 Mensa I, Wilhelmstr.
Musik u. Poesie

FILME

Kommunales Kino
14.00 Dick u. Doof: Die Teufelsbrüder
16.00 Comfort and Joy
18.00 "Fetes et tragedies"
20.30 Out of the Past
22.30 Die schwarze Natter

SONSTIGES

Merlin
14.12. + 15.12.
15-18 + 10-15 Uhr Spinnen mit dem Spinnrad -Kursgebühren-

So. 15.12.

THEATER

Theater der Altstadt
11.00 "A Christmas Carol" v. Dickens
20.00 Der kleine Prinz
15.00 Meister Eder und sein Pumuckl

Theater im Westen
15.00 Grimms Märchen: Es war einmal.
20.00 Der eingebildete Kranke

Studio-Theater
11.00 "Die Möve Jonathan"
19.00 "So eine Liebe" GASTSPIEL

Theater tri-bühne
20.00 Jakob Krakel-Kakel u.a.

MUSIK

Bürgerhaus Botnang
20.00 Klass. Gitarrenduo
Charles de Burgh u. Thomas Brodbeck

Laboratorium
20.30 Sammy Vomacka - Gitarre

FILME

Kommunales Kino
14.00 Dick u. Doof
16.00 Comfort and Joy
18.00 Fetes et tragedies"
20.30 Out of the Past
22.30 Die schwarze Natter



CHILENIN gibt Spanischunterricht
Telefon: 715 7965

Mo. 16.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Herr Puntila und sein Knecht Matti

Theater im Westen
20.00 Der eingebildete Kranke

FILME

Bürgerhaus Botnang
20.00 "Paris-Texas"

Kommunales Kino
14.00 Götz von Berlichingen
16.00 Seminarveranstaltung
18.00 Out of Past
20.30 Detour

Di. 17.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 "A Christmas Carol"

JH-Mitte
20.30 "Schlicksupp Theatertrupp"
Fettige Gesänge

Theater im Westen
20.00 Der eingebildete Kranke

FILME

Kommunales Kino
14.00 + 16.00 Der Hauptmann
18.00 Faust
20.30 Faust

SONSTIGES

Merlin
20.00 Peter Grohmann liest eigene Texte





Mi. 18.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Premiere: Pension Schöller

Theater tri-bühne
19.30 Eiche und Angora

Theater im Westen
20.00 Der eingebildete Kranke

SONSTIGES

Studio-Theater
20.00 "Siebeck-satirische Geschichte

Club Voltaire Tübingen
21.00 Samba Salad - "Dressing"
Musik-Theater aus Amsterdam

Laboratorium
20.30 Kaffee und Krieg (Nicaragua)

Merlin
20.00 Vorleseabend unter der Stehlampe

Do. 19.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Pension Schöller

Laboratorium
20.30 Kabarett Galgenstricke ..zur dritten Welt.

Studio-Theater
20.00 "Die Möve Jonathan"

Theater im Westen
20.00 Der eingebildete Kranke

JH-Mitte
20.30 Schlicksupp Theatertrupp

MUSIK

Zentrum Zoo Tübingen
20.30 Susu Bilibi (Afrika)

Fr. 20.12.



THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Pension Schöller

JH-Mitte
20.30 Schlicksupp Theatertrupp

Theater im Westen
20.00 Der eingebildete Kranke

Studio-Theater
20.00 "Gin-Rommé"

Theater tri-bühne
19.30 Der Diener zweier Herren

FILME

JH-Mitte
20/22 Zuversichtliche Unternehmung

Kommunales Kino
14.00 + 16.00 Pippi geht von Bord
18.00 Im Zeichen des Bösen
20.30 The Hit
22.30 The Killing Fields



MUSIK

Manufaktur
20.30 Stella Chiweshe Group
Musik ais Simbabwe

Merlin
20.00 Claude Akire (franz. Lieder)

Sa. 21.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Momo

Manufaktur Schorndorf
20.30 Trio Blamage...Comedy Show
Fantastisches Traumtheater

Theater tri-bühne
19.30 Der Diener zweier Herren

Studio-Theater
20.00 "Gin-Rommé"

Theater im Westen
20.00 Der eingebildete Kranke

MUSIK

Laboratorium
20.30 Sambaia - Musik a. Brasilien

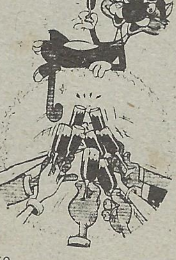
JH-Mitte
16.00 Fest: Anadoluspor

FILME

Kommunales Kino
14.00 Pippi geht von Bord
16.00 Der große Apache
18.00 The Hit
20.30 The Killing Fields
22.30 Im Zeichen des Bösen







So. 22.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Momo
15.00 Der kleine Prinz

Theater im Westen
20.00 Der eingebildete Kranke

Studio-Thetaer



Studio-Theater
11.00 Die Möve Jonathan

MUSIK

Maxim
21.00 Tango Tanzfest

Zentrum Zoo Tübingen
20.30 Candela Salsa

Merlin
11.00 Klass. Frühstück (2 Violinen)

Laboratorium
20.30 Nads Blues Band

FILME

Kommunales Kino
14.00 Pippi geht von Bord
16.00 Der große Apache
18.00 The Killing Fields
20.30 Das Urteil von Nürnberg
22.30 Im Zeichen des Bösen

Mo. 23.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Der kleine Prinz

Theater im Westen
20.00 Ringelnatz-Programm:
"Kartengrüße aus...."

FILME

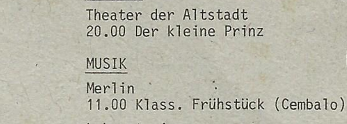
Kommunales Kino
14.00 Pippi geht von Bord
16.00 Das Urteil von Nünnberg
18.00 The Killing Fields
20.30 Cal
22.30 Das Ultimatum

Bürgerhaus Botnang
20.00 Die Unendliche Geschichte

Di. 24.12.

Etwas ist los:
Weihnachtsfest im Maxim

Mi. 25.12.



THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Der kleine Prinz

MUSIK

Merlin
11.00 Klass. Frühstück (Cembalo)

Laboratorium
20.30 Inti Punchai (aus den Anden)



FILME

Kommunales Kino
14.00 + 16.00 Lucky Luke
18.00 Das Ultimatum
20.30 Cal
22.30 Engel der Verlorenen

Do. 26.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Der kleine Prinz
15.00 Momo

Theater im Westen
20.00 System Ribadier

MUSIK

Laboratorium
20.30 Stella Chiweshe Group

Merlin
11.00 Klass. Frühstück Cembalo

Manufaktur
11.00 Maxwell Blues Band

SONSTIGES

Zentrum Zoo Tübingen
20.30 Blutgruppe

FILME

Kommunales Kino
14.00 + 16.00 Lucky Luke
18.00 Cal
20.30 Das Ultimatum
22.30 Engel der Verlorenen

Fr. 27.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Herr Puntilla und sein Knecht Matti

Studio-Theater
20.00 "Gin-Rommé"

Theater im Westen
20.00 System Ribadier



MUSIK

Laboratorium
27. + 28.12. Pros Echos - Musik aus Griechenland

Merlin
20.00 Paulson + Wanner (Songs)

FILME

Kommunales Kino
14.00 + 16.00 Drei Nüsse für Aschenbrödel
18.00 Engel der Verlorenen
20.30 "1900"

Sa. 28.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Herr Puntila und sein Knecht Matti

Studio-Theater
20.00 "Gin-Rommé"

Theater im Westen
20.00 System Ribadier

MUSIK

Manufaktur
20.30 Junk Band

FILME

Kommunales Kino
14.00 Drei Nüsse für Aschenbrödel
16.00 Casablanca
18.00 "Das erste Jahrzehnt"
20.30 Das Kabinett des Dr.Caligari
22.30 Casablanca

So. 29.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Herr Puntila und sein Knecht Matti
15.00 Der kleine Prinz

Theater im Westen
20.00 System Ribadier



Laboratorium
20.30 Die Weißen sind keine Götter
Berliner Schauspiel

FILME

Kommunales Kino
14.00 Drei Nüsse für Aschenbrödel
16.00 Der Gefangene von Alcatraz
18.00 "1900"

Mo. 30.12.

THEATER

Theater der Altstadt
20.00 Pension Schöller

Theater im Westen
20.00 System Ribadier

FILME

Kommunales Kino
14.00 Drei Nüsse für Aschenbrödel
16.00 Das Kabinett des Dr.Caligari
18.00 Casablanca
20.30 Der Gefangene von Alcatraz

Di. 31.12.

THEATER

Theater der Altstadt
16.30 Pension Schöller
20.00 Pension Schöller

Theater tri-bühne
18.30 Der Diener zweier Herren

Studio-Theater
20.00 Der Trauschein - Komödie

Theater im Westen
17.00 System Ribadier
20.00 System Ribadier

MUSIK

Zentrum Zoo Tübingen
20.30 Große Zoo-Silvester-Party

Laboratorium
20.30 Silvesterfest mit Töpel Ohne

Manufaktur Schorndorf
22.00 Fete - Inner Rock, Kaltes Buffet, heißer Rock u. Sekt

Maxim
21.00 Nuts and Bolts Party

Zum Prozeß gegen Claudia Wannersdorfer: Beweisantrag vom 11.11.1985

Rütger Boeddinghaus
Wolfgang Schmatloch
Armin Zielinski
Rechtsanwälte

An das
Oberlandesgericht Stuttgart
5. Strafsenat
Postfach 839
7000 Stuttgart 1

Karlsruhe, den 11.11.1985

5 - 1 StE 5/85 In der Strafsache
gegen Claudia Wannersd.
wegen vers. Mordes u.a.

B E W E I S A N T R A G Nr. 2 :

Die Bundesanwaltschaft wirft meiner Mandantin die Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" i.S.d. § 129 a StGB vor. Tatsächlicher Hintergrund dieser - auf einer politischen Konstruktion des Staatsschutz beruhenden - Anschuldigung ist die vor diesem Senat kriminalisierte, versuchte militante Aktion gegen eineEinrichtung der DFVLR, die wesentlicher Bestandteil des militärisch-industriellen Komplexes in der BRD ist.

Ein Ziel dieser Aktion war die Durchsetzung der Forderungen des unbefristeten Hungerstreiks, in dem sich die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand seit dem 4.12.1984 befanden.
Mit diesem Hungerstreik wurden folgende Forderungen erhoben:

Für Haftbedingungen, wie sie in der Genfer Konvention als Mindestgarantien gegen Folter und Vernichtung festgehalten sind.

Zusammenlegung mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen.

Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle.

Aufhebung der Kommunikationssperre: Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information.

Diese Forderungen standen in Zusammenhang mit dem Kampf der politischen Gefangenen international für den Erhalt ihrer politischen Identität.

Unmittelbare Ursache des Streiks waren die unmenschlichen und zerstörerischen Haftbedingungen, denen die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand unterworfen sind. Es handelt sich dabei um Sonderhaftbedingungen durch die systematische Isolation.

Aus dem 24-Punkte-Haftstatut des Ermittlungsrichters beim BHG

Diese Sonderhaftbedingungen finden ihre konkrete Ausgestaltung durch das sogenannte 24-Punkte-Programm des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof, soweit es sich um politische Gefangene in Untersuchungshaft handelt.

Dieses Sonderhaftstatut unterwirft die Untersuchungsgefangenen unter anderem folgenden Bedingungen einer systematischen Isolation:

1.
Die Unterbringung des Beschuldigten gemeinsam mit anderen Untersuchungs- oder Strafgefangenen in demselben Raum ist ausgeschlossen.

2.
Die Tür des Haftraums des Beschuldigten ist mit einem zusätzlichen Schloß zu versehen.

3.
Das Fenster des Haftraums des Beschuldigten ist mit einer Schutzvorrichtung - z.B. Fliegendrahtgitter oder Lochblech zur Vermeidung unkontrollierter Kontaktaufnahmen zu versehen.

4.
Der Haftraum des Beschuldigten darf nicht über die in der Justizvollzugsanstalt vorgeschriebene und für andere Gefangene geltende Zeit hinaus beleuchtet werden. Die Benutzung anderer Lichtquellen, wie Stehlampen, Taschenlampen, Kerzen und ähnlichen ist untersagt.

5.
Die Teilnahme an Veranstaltungen der Justizvollzugsanstalt und am Gottesdienst ist ausgeschlossen. Im übrigen darf der Beschuldigte bei Vorführungen und zum Baden nicht mit anderen Gefangenen zusammengebracht werden.

6.
Die Ausgabe von Mahlzeiten erfolgt einzeln durch zwei Beamte der Justizvollzugsanstalt ohne Gegenwart anderer Gefangener.

7.
Die Bewegung im Freien ist als Einzelfreistunde durchzuführen,

11.
der Beschuldigte, sein Haftraum und die darin befindlichen Sachen sind täglich zu durchsuchen.

17.
Der Beschuldigte darf nach Maßgabe der jeweiligen Einzelgenehmigung Besuch empfangen. Mehrere Personen werden nur ausnahmsweise zum gemeinschaftlichen Besuch zugelassen. Die allgemein gültige Besuchszeit von 30 Minuten kann nur bei Gestattung der jeweiligen Einzelgenehmigung überschritten werden. Der Besuch ist unverzüglich abzubrechen, wenn er vom Besucher oder dem Beschuldigten mißbraucht wird (z.B. durch Nichtbefolgung von Weisung der überprüfenden und überwachenden Beamten, Übergabe von Sachen, Mitteilungen verschlüsselter oder verschleierter Nachrichten, Gespräche über kriminelle Aktivitäten in der "Terroristenszene" oder in den diese unterstützenden Gruppen, Gespräche über Widerstand in Vollzugsanstalten einschließlich "Hungerstreik").

18.
Den Besuchern ist es nicht gestattet, dem Beschuldigten Nahrungs- und Genußmittel sowie andere Gegenstände auszuhändigen.

19.
Pakete mit anderem Inhalt als Druckschriften sind unmittelbar der jeweiligen Vollzugsanstalt zu übersenden, deren Leiter zunächst über die Aushändigung in eigener Zuständigkeit entscheidet.

20.
Besucher des Beschuldigten sind vor jedem Besuch zu durchsuchen, und zwar durch Abtasten über der Kleidung und Durchsuchung der mitgebrachten Behältnisse.

21.
Der Beschuldigte ist vor und nach jedem Besuch bei völliger Entkleidung und Umkleidung zu durchsuchen.

22.
Verteidiger dürfen vor jedem Besuch durch Abtasten der Kleidung und Durchsicht der Behältnisse auch unter Zuhilfenahme einer Metalldetektors auf nicht der Verteidigung dienende Gegenstände durchsucht werden. Es ist ihnen nicht gestattet, Diktiergeräte, Tonbandgeräte und ähnliches einschließlich Zubehör in den Sprechraum mitzunehmen. Schriftstükke und andere Gegenstände der Verteidiger sind vor Aushändigung an den Beschuldigten dem zuständigen Richter zur Prüfung vorzulegen. Sie sind zurückzuweisen, sofern sich der Absender oder derjenige, der sie unmittelbar übergeben will, nicht damit einverstanden erklärt, daß sie zunächst dem zuständigen Richter vorgelegt werden.

Zu Nr. 1:
Selbstverpflegung war wegen des damit verbundenen unzumutbaren großen Kontrollaufwandes zu versagen.
Zu Nr. 6:
Die Änderung entspricht den örtlichen Verhältnissen (der Justizvollzugsanstalt Stammheim: in der 7. Abteilung der Justizvollzugsanstalt bestehen keine Anschlüsse für den Gemeinschaftsrundfunk).

Über die Sonderhaftbedingungen des 24-Punkte-Programms hinaus erfolgt eine zusätzliche Verschärfung durch die entsprechende Durchführung durch die Vollzugsbehörden mit Hilfe der zentralen Häftlingsüberwachung beim Bundeskriminalamt. Darüberhinaus unterliegen die politischen Gefangenen weiteren Beschränkungen wie z.B.

des Besuchsverkehrs (Trennscheibe, Besuchsverbote, auch von Angehörigen, Häufungen von Besuchsabbrüchen, der größte Teil aller Besuchsanträge wird abgelehnt),

des Schriftverkehrs (Verbot der Information über Haftbedingungen, weitestgehende Einschränkung der politischen Diskussion, Verbot der Kommunikation der Gefangenen untereinander.),

der Verteidigung (Überwachung der Verteidigerpost, Ausschluß aller politischen Verteidigungsunterlagen, Trennscheibe, Durchsuchungen vor und nach Anwaltsbesuchen, Entfernung von Verteidigungsunterlagen bei Zellenrazzien.).

Diese Verschärfung der Isolation der politischen Gefangenen wird nicht zuletzt legitimiert durch die Konstruktion der BAW, nach welcher die Gefangenen aus RAF und dem Widerstand untereinander und mit Illegalen gemeinsam eine "terroristische Vereinigung" bilden. Die "Tatbeiträge" der Gefangenen dabei sollen ihre Prozeßerklärungen, ihre Briefe sowie der Kampf um Zusammenlegung sein. Diese Konstruktion hat keine tatsächliche Grundlage, daher kann sie nur der weiteren Verschärfung der Isolation dienen.
Die gezielte Isolation der politischen Gefangenen ist gerade angesichts der hinlänglich bekannten Auswirkungen auf die Persönlichkeit des Gefangenen nur auf

die Vernichtung der Identität der Gefangenen als politischer Subjekte gerichtet.

Seit dem Jahr 1982 hatte die BAW durch verstärkte Isolation nach innen und aussen - Besuchsverbote, Schreibverbote, Literaturverbote u.a. - die Haftbedingungen der politischen Gefangenen immer weiter verschärft. Die Gefangenen hatten in dieser Situation keine andere Wahl, als den Versuch zu unternehmen, den mörderischen status quo der Isolation durch den Hungerstreik aufzubrechen.

Die Rechtmäßigkeit eines Hungerstreiks

I.

Der Hungerstreik ist keine strafbare Handlung.

Die Aktion meiner Mandantin ist nicht zu trennen vom Hungerstreik der Gefangenen. Die Strafbarkeit dieser Unterstützungshandlung zum Hungerstreik entfällt daher wegen fehlender Tatbestandsmäßigkeit einer Haupttat.

Unter den dargestellten Sonderhaftbedingungen der Isolation ist jede Kontaktmöglichkeit zwischen den politischen Gefangenen ausgeschlossen. Diese ist aber konstituierende Voraussetzung für den Fortbestand, das Bestehen oder die Entstehung einer Vereinigung.
Aus diesen Gründen fehlt es an einer Vereinigung i.S.d. § 129 a des StGB.

Es fehlen deshalb die rechtlichen Voraussetzungen, um die Aktion meiner Mandantin als rechtlich verselbständigte Förderungshandlung i.S.d. § 129 a StGB strafrechtlich zu sanktionieren.

II.

Zum Beweis der Tatsachen:
1.
Der Hungerstreik ist ein gesellschaftspolitisches Kampfmittel. Da nur das eigene körperliche Wohlbefinden zum Einsatz gebracht wird, gehört er zur Gruppe der gewaltfreien Aktionen. Er ist der passive Widerstand par excellence. Hierbei ist der Hungerstreik regelmäßig begrenzt, weitest bis zur Todesgefahr.
Das Ende des Hungerstreiks kann ausdrücklich bestimmt werden oder zur Druckverstärkung offen bleiben. In dem Vorwärtsgerichtetsein, der Zukunftsperspektive unterscheidet sich der Hungerstreik von der Selbsttötung. Der Wille des Hungerstreikenden ist auf das Leben, nicht den Tod, gerichtet.

Historische Tradition des Kampfmittels Hungerstreik

2.
"Der Hungerstreik hat eine historische Tradition. Wo Ohnmacht sich mit Entrechtung paart, wird dieses letzte, weil zugleich selbstzerstörerische Mittel eingesetzt, vornehmlich gegen diktatorische Regime und in der Exklave totaler Machtunterworfenheit, in Gefängnissen."

In Deutschland wird aus den Jahren 1913/14 von den ersten Hungerstreiks in preussischen Gefängnissen berichtet. Eine politische Dimension erhielten sie durch die "Streiks" der Spartakisten nach dem Ersten Weltkrieg. Die Hungerstreikaktionen reichen bis hin zum existentiellen "Streik" politischer Gefangener.
Selbst in den Konzentrationslagern konnten die Internierten gegenüber Einzelschikanen mit Hungerstreik drohen.

Die Geschichte seiner Gegenmaßnahmen verläuft parallel. Der erste Nachweis einer Zwangsernährung betrifft 90 Suffragetten. Von Ditfurth beschreibt diesen Vorgang so: "Da betreten vier oder fünf kräftige Männer die Zelle. Sie greifen den sich sträubenden Häftling an den Armen und Beinen, überwältigen ihn und zwingen ihn auf ein Untersuchungsbett. Zwei setzen sich auf seine Knie, damit er nicht treten kann. Die Arme werden festgeschnallt. Einer hält den Kopf fest, an den Haaren natürlich,..."

Bericht von Knut Folkerts über die Kontaktsperre während des HS 1985

Die Methoden des Staatsschutzes gegen die Gefangenen im Hungerstreik 1984/85 beschreibt der Gefangene aus der RAF, Knut Folkerts, wie folgt:
"Da ich für die Zeit der Bewußtlosigkeit natürlich keine Erinnerung habe, haben wir das später rekonstruiert.

Am Dienstag (29.1.1985) stellte ein Sanitäter morgens um 6.00 Uhr fest, daß ich "röchelnd" und bewußtlos im Bett liege. Er hat Anweisung, mich jede Stunde zu kontrollieren und saß direkt vor der Tür, nachdem ich ihn rausgeschickt hatte, als er sich am Vorabend in die Zelle reinsetzen wollte.

Dr. Seiler, Chefarzt und Anästhesist vom Gefängniskrankenhaus Lingen, der sich die Nacht über in einer leer stehenden Zelle im Trakt aufgehalten hat, beginnt mit medizinischen Maßnahmen (Sauerstoff) -
gegen meinen zuvor mehrfach erklärten Willen, auch für den Fall der Bewußtlosigkeit. Im Flur hatten sie schon verschiedene Geräte und eine Trage bereitstehen. Sie brachten mich dann in das Traktlazarett, das sie einige Tage zuvor mit medizinischen Apparaten ausgestattet hatten. Dort setzt mir Seiler einen Herzkatheder. In Begleitung des Anstaltsarztes Dr. Hertting kommt kurz danach Prof. Sybrecht (Medizinische Hochschule Hannover), der ebenfalls in der Nähe gewartet hatte und übernimmt - wie immer - das Kommando.

Schon seit Tagen liegen sie auf der Lauer. Stündlich hatten sie erwartet, daß ich mein Bewußtsein verliere, um sich dann dessen zu bemächtigen, was von einem nach acht Wochen Hungerstreik übrig geblieben ist, um einem Halbtoten den "Sieg des Rechtsstaates" (Innenminister Zimmermann) zu beweisen.

Der Zustand, in dem sie mich greifen: Prä-Koma, Ausfall von Vitalfunktionen, d.h. lebenswichtige Organe waren beschädigt und funktionierten nicht mehr. Kaum noch Atmung, Puls nicht mehr fühlbar ... Eine Stunde später wäre ich tot gewesen, sagen sie später.
Ungefähr zwei Stunden machen sie an mir rum (Sauerstoffmaske, Spritzen, Infusionen), bis sie mich "transportfähig" halten.

In einem Notarztwagen mit Polizeikonvoy bringen sie mich in die Medizinische Hochschule Hannover, wo schon ein Kamerateam vom Fernsehen bereitsteht. Noch nicht dort angekommen, hat das Justizministerium schon an die Medien gemeldet, daß ich den Hungerstreik abgebrochen und den "Wunsch" geäußert habe, in die Medizinische Hochschule Hannover verlegt zu werden. Die Sprachregelung, die schon zuvor festgelegt war. Dabei benutzen sie die Formulierung "nach einem Schwächeanfall...", die plausibel machen soll, daß ich bald wieder aufgewacht sei und der Verlegung zugestimmt hätte - anders als wie es der Begriff Bewußtlosigkeit impliziert. Da sich das Justizministerium permanent von den Ärzten unterrichten ließ, waren sie über meinen wirklichen Zustand sehr genau informiert. Eine weitere Absicht war dabei, von ihnen befürchtete Reaktionen zu verhindern. Während sie einerseits verharmlosen, verhindern sie andererseits wegen "akuter Lebensgefahr" jeden Kontakt zu mir - je nachdem, wie sie es brauchen.

Aus der Bewußtlosigkeit aufgewacht bin ich in der Medizinischen Hochschule Hannover in einem sehr desolaten Zustand - wann das war, weiß ich nicht, ich hatte jedes Zeitgefühl verloren. Ich liege auf einem Bett, weiß nicht, was in der Zwischenzeit gelaufen ist und kann mich nur schwer orientieren. Durch den Muskelschwund und durch Nervenschädigung bin ich fast völlig bewegungsunfähig, kann nicht mal mehr den Kopf heben oder mich zur Seite drehen. Die Stimme ist weg, nur noch tonloses Flüstern möglich.

Wie ich nach und nach feststelle, habe ich an meiner Halsvene einen Schlauch, auf den wiederum Schläuche aufgesteckt sind, durch die Infusionen laufen, bis zu fünf Infusionsgeräte sind angeschlossen. Auf der Brust habe ich Sensoren, deren Kabel nach hinten zu Apparaten führen, von denen sie Herz- und Atemtätigkeit usw. ablesen können.

Ständig kommen welche, die sich Pfleger, Schwester oder Arzt nennen - alle ziemlich jung - und machen an mir und den Apparaten rum. Während des Aufwachens und dann immer wieder in Abständen: Sybrecht und Wagner. In suggestiver Weise malen sie meinen Gesundheitszustand aus - sie sprechen von geschrumpften und angefressenen Organen und daß ich mich von meinen Knochen ernährt habe. Ob ich überlebe, sei noch offen, wenn, dann müßte ich mit bleibenden Schäden rechnen ... - es hat immer die gleiche Linie. Beide ergänzen sich, der eine aggressiv und dramatisch, der andere zurückhaltend, mit gezielt "psychologischen" Zwischenbemerkungen, wobei er mich intensiv beobachtete.

Zwischendurch werfen sie einen Blick auf die Apparate, wo sie routiniert in Sekundenschnelle die Daten ablesen, ob und wie ich darauf reagiere und ihr Psychoterror auf mich wirkt.
Wenn ich die Behandlung ablehne, so Sybrecht dann würden sie das entweder ignorieren, da sie bei akuter Lebensgefahr zum Eingreifen verpflichtet seien, oder sie würden die Infusionen dann so lange abmachen, bis ich wieder bewußtlos werde.

"Ping-pong" nannte er das: "Sie lehnen die Behandlung ab, werden bewußtlos und wir holen sie wieder zurück, Sie lehnen wieder ab und dann beginnt das Ganze von vorn, das machen wir so lange, bis Sie aufgeben." Ich habe nicht mehr die Kraft aufgebracht, die Behandlung abzulehnen und dies auch durchzusetzen. Total erschöpft dämmere ich vor mich hin.

Es ist sehr schwierig zu vermitteln, was dort lief und wie das für mich war. Direkte physische Gewalt, ein Rollkommando beispielsweise, das kann jeder nachvollziehen. Aber wie soll man die permanente Schlafverhinderung und ihre Auswirkungen beschreiben, die die direkte körperliche Gewalt um ein Vielfaches übersteigt.

In diesen neun langen Tagen und Nächten habe ich insgesamt nur ein paar Stunden geschlafen. Wenn ich es versuchte oder gerade dabei war, wurde ich regelmäßig wieder herausgerissen - in einem Zustand, in dem ich buchstäblich todmüde war.
Immer wieder - tagsüber in Minutenabständen - kamen welche (die Tür mußte wegen eines Defekts jedes Mal mehrfach zugeknallt werden) und zapften mir Blut ab, messen Blutdruck, Temperatur und anderes mehr - das läuft Tag und Nacht in einem regelmäßigen Turnus. Oft geben die Geräte auch Alarm, worauf dann welche angelaufen kommen.

Wie ich später erfahre, bin ich auf Station 34, die extra dafür vorbereitet wurde. Zur Hälfte ist es ein "Raum im Raum", eine Sichtmöglichkeit nach außen (und somit räumliche Orientierung)gibt es wegen der Milchglasfenster nicht. Ein Teil der Innenwände ist verglast, und dort werde ich ununterbrochen beobachtet. Staatsschutz und Verwaltung der Medizinischen Hochschule lassen mich formell unter dem Decknamen "Peter Schnabel" laufen.

Vor der Tür sitzen Celler Traktbullen, in OP-Kleidung und mit umgeschnallter Pistole. Um sich in der aufmarschierten Armee gegenseitig identifizieren zu können, haben sie ein "Justiz"-Emblem umhängen. Auf dem Flur liegen Grenzschutzsoldaten mit Maschinenpistolen hinter Schildern verschanzt. Einige hundert haben die Flure militärisch besetzt, insgesamt sollen es über tausend gewesen sein, mit einem Dutzend gepanzerter Fahrzeuge und Hubschrauber - irgendwo haben sie auch eine Feldküche aufgeschlagen. In diesem Raum bin ich völlig isoliert und abgeschirmt.

Nachts wurde das Licht mit einem Dimmer schwächer gestellt, so daß alles nur noch verschwommen zu erkennen war. Durch die Ritzen der geschlossenen Jalousien zum Vorraum konnte ich schemenhaft den Umriß sehen, wenn einer davor stand. Nachts lief oft folgende Szene ab: ganz plötzlich lautes Getrampel, gefolgt von Türenschlagen, so daß ich - falls ich schlafen würde - in jedem Fall aufwachen muß, dann mehrere Stimmen, Flüstern, Gemurmel, aber so, daß ich einzelne Satzfetzen verstehen kann und offensichtlich auch verstehen soll. "Der ist total kaputt ... Das Schwein kommt nicht mehr hoch.... Reif für die Irrenanstalt.. Der macht auch nicht mehr lange... 'ne Spritze und dann weg mit ihm ...". Es hatte immer die gleiche Struktur, es steigerte sich bedrohlich, bis es abrupt abbrach. Danach völlige Stille, bis es wieder anfing. Aus einer anderen Richtung konnte ich Ähnliches hören, es fing mit Türenschlagen an (immer dieselbe Reihenfolge), Lärm, Stimmengewirr - höhnisch und dreckig, mit schrillem Gelächter. Wenn die Nacht vorbei ist, bin ich total geschlaucht. Besonders oft und intensiv lief es, als der kollektive Streik sich zuspitzte und nach der Aktion der RAF in München.
Krankenpfleger und "Schwestern", die reinkamen, waren immer unglaublich freundlich, fragten, ob sie was für mich tun könnten usw. Wenn sie nicht im Raum waren, saßen sie hinter dem Beobachtungsfenster. Sobald ich konnte, fing ich mit einfachen Bewegungsübungen an, z.B. Arme heben. Das waren abgehackte, mechanische Bewegungen, einem Spastiker ähnlich. Manchmal konnte ich welche hinter der Scheibe sehen, wie sie mich nachäffen, in Zeitlupe imitieren. Es kam vor, daß einer kurz darauf zur Tür reinkommt und freundlich fragt, ob ich etwas wünsche - der Kontrast war wirklich ungeheuer.

Nach einigen Tagen kann ich nicht mehr erkennen, ob das, was ich akustisch und visuell wahrnehme, Realität oder Sinnestäuschung ist - das Nicht-Mehr-Erkennen und -Unterscheiden-Können ist das brutalste, es ist der konkrete Versuch der Gehirnwäsche. Die Auflösung der Wahrnehmungsfähigkeit zielt letztlich auf die Identität.
Das ganze ist nicht Folge des Hungerns, das war weder kurz vor noch nach der Bewußtlosigkeit, wo der Verhungerungsprozeß am weitesten fortgeschritten war, sondern erst nach einigen Tagen in der Medizinischen Hochschule in Hannover.

Es ist die Folge der Isolierung, des systematischen Schlafentzugs und der gezielten Streßmanipulation - im Zustand äußerster Schwäche.
Deshalb wird auch jeder Kontakt zu jedem verhindert, dem man vertraut, weil es einem helfen kann, Realität und Halluzination zu verifizieren und - so oder so - in den Griff zu kriegen.

Systematisch werden alle, die zu mir durchzudringen versuchen, abgeblockt. Zu meiner Forderung nach Anwaltsbesuch sagt Sybrecht, darüber bestimme nur er, und er lehnt das ab, "aus medizinischen Gründen", das wiederholt sich täglich. Mit demselben Vorwand verhindert er auch den Besuch von Angehörigen und Freunden. Um die Kontaktsperre zu kaschieren, lassen sie meinen Bruder für einen Moment hinter der Scheibe zu mir hereinschauen. Als ich ihn erkenne und zu mir winke, prügeln ihn LKA-Bullen auf Anweisung von Sybrecht hinaus. Meine Rechtsanwältin kommt nicht einmal bis zur Intensivstation, sie wird vorher angehalten, Sybrecht droht, sie gewaltsam rauswerfen zu lassen, falls sie nicht verschwinde.

Einmal (es war am Freitag) kamen sie ganz hektisch an. "Frau Mohnhaupt will Sie am Telefon sprechen." Sie machen mir die Schläuche und Kabel ab und rollten mich mit dem Bett in den Vorraum, alle anderen hatten sie auf den Flur geschickt. Wie ich später erfahren habe, versuchten sie stundenlang, das Gespräch zu verhindern. Um zu beweisen, daß ich noch am Leben sei, wollte Sybrecht mich mit einer aktuellen Tageszeitung fotografieren. In dieser Vorstellung kommt es am schärfsten zum Ausdruck, wie sie sich in dieser Konfrontation begreifen und als was sie mich halten.

Am Freitag hatten auch die Europa-Parlamentarierin Viehhof und der Arzt van Aalderen versucht, zu mir reinzukommen. Nachdem sie sich durchsucht worden waren, kam aus dem Bullenkordon Wagner auf sie zu und sagte, daß ein Besuch überhaupt nicht in Frage käme. Selbst die Information, daß Besucher für mich da waren, wurde mir vorenthalten. Ebenso unterschlugen sie zahlreiche Solidaritätsbriefe und Telegramme. Dahinter steckte das simple Kalkül: Ich sollte in diesem Isolierraum nicht mitbekommen, daß sich jemand um mich bemüht und was draußen läuft, um so ein Gefühl des Ausgeliefertseins zu schaffen.

In diesem Zusammenhang gehört auch Folgendes: Am 18. Januar - also wenige Tage zuvor - hatte Justizminister Remmers vor dem Landtag das Ant-Folter-Abkommen des Europa-Rates als "unnötig" abgelehnt. Diese Konvention beinhaltet nämlich, daß Delegationen jederzeit ungehindert Zugang zu Gefangenen haben. Es sind genau die Bundesländer mit Hochsicherheitstrakten, die sich am stärksten dagegen wenden. Am Beispiel der Kontaktsperre in der Medizinischen Hochschule Hannover wird es auch ganz konkret klar, weshalb sie niemanden reinlassen wollen, auch nicht so eine Europarat-Delegation (auf den ja schließlich auch die Anti-Terror-Konvention und ständig neue Entschließungen gegen den "Terrorismus" zurückgehen). Sie wollen einfach die totale Verfügungsgewalt über hermetisch isolierte Gefangene behalten.

Am Samstag (das erfuhr ich alles erst später) wollten auch ein gutes Dutzend Rechtsanwälte die Kontaktsperre durchbrechen - sie wurden von der Medizinischen Hochschule ans Justizministerium verwiesen und von dort an die Medizinische Hochschule - der Versuch, die Verantwortung hin- und herzuschieben. Tatsächlich war es eine klare politische Entscheidung, die von den Ärzten engagiert umgesetzt und später "medizinisch" begründet wurde.
Als Anwälte daraufhin den verantwortlichen Ministerialdirigenten Derlik in seiner Villa aufsuchen, verbarrikadiert er sich und läßt sich verleugnen.
Um die entstehende Mobilisierung und die Proteste im In- und Ausland zu unterlaufen, lassen sie meine Rechtsanwälte nach fast einer Woche zu mir, für ein paar Minuten und bei ständiger Anwesenheit und Überwachung durch Sybrecht und Wagner. Zuvor stellen sie die Stühle in eine ganz bestimmte Position daß sie alles beobachten können. Als wenn es unsere Anwälte wären, die uns terrorisieren, sagen sie, daß sie das Gespräch abbrechen müssen, wenn es mich körperlich und geistig zu sehr beanspruchen würde. Natürlich sind sie es, die ein Gespräch verunmöglichen. Am folgenden Tag kam die Anwältin nochmal, für zehn Minuten, rein. Als sie den Besuch vom Vortag erwähnt, bin ich wie vor den Kopf geschlagen: Ich konnte mich nicht mehr erinnern.

Schlagartig ist mir daran die Situation deutlich geworden. Als ich versuche, ihr zu vermitteln, was hier Tag und Nacht läuft, interveniert Sybrecht sofort - als wäre das alles Hirngespinst von mir: "Herr Folkerts, das sind Halluzinationen, eine ganz normale Erscheinung bei Patienten in akuter Lebensgefahr, machen Sie sich keine Sorgen..." und hat dann (aus Rücksicht auf Ihre Gesundheit") abgebrochen. Sie hatten mitgekriegt, daß mir der Besuch - trotz der Bedingungen - etwas bringt und mir bei der Orientierung hilft.

Das Hinterhältige ist, daß alles auf den schlechten Gesundheitszustand abgeschoben oder als notwendige medizinische Maßnahme dargestellt werden kann. Sybrecht und Wagner - Intensivmediziner und Ernährungswissenschaftler - beobachten die Wirkungen genau. Dementsprechend dosieren sie das Ganze. Für den nächsten Tag (es war der 6. Februar) haben sie dann einen "Ruhetag" verordnet, sie wollten dafür sorgen, daß ich nicht gestört würde - tatsächlich lief das Gleiche wie sonst auch. Gegenüber allen, die an diesem Tag wieder versuchten, mit mir zu sprechen, sagen sie: "Herr Folkerts wünscht keinen Besuch!"

Ich vermute, daß sie die Infusionen, die Menge und Zusammensetzung so dosiert haben, daß ich nicht schnell zu Kräften komme und mental klarer werde, um mich länger in diesem Zustand zu halten.

Tagsüber saß ich inzwischen einige Stunden neben dem Bett in einem Sessel, daneben das Infusionsgerät. Tag für Tag konnte ich mich, wenn auch minimal, ein bißchen mehr bewegen. An diesem Tag war ich stark benommen, ein bleierner Druck auf Kopf und Körper. Ich fühle mich sehr schwach, Bewegungen, die ich Tage zuvor schon wieder machen konnte, waren jetzt nicht mehr möglich. Es kam mir wor wie die Wirkung starker Psychodrogen.

Am selben Abend haben sie mir - das war sehr ungewöhnlich - Blut-Plasma infundiert.
Den Anwälten verweigern sie später jede Einsicht in die Unterlagen, in denen die Medikamentierung verzeichnet ist.

In der Nacht zum Donnerstag bin ich dann - ich war zum ersten Mal an nichts mehr angeschlossen - richtig aufgeklart, das war körperlich zu spüren: Ich konnte wieder klare Gedanken fassen und miteinander verknüpfen, und die Situation und mich darin überblicken.

Als Wagner am nächsten Morgen Blut abzapft, eine Spritze nach der anderen, habe ich den Schlauch rausgezogen und ihm gesagt, daß hier nichts mehr läuft und ich sofort nach Celle will. Es entstand erhebliche Unruhe und Hektik. Nach einiger Zeit kommt Sybrecht und meint, daß sie sowie so vorgehabt hätten (was natürlich nicht stimmte), mich heute zu entlassen, da ich nicht mehr in akuter Lebensgefahr sei. Es ist natürlich kein Zufall, daß diese "akute Lebensgefahr", mit der sie alles begründeten, exakt so lange dauerte, bis der Streik von allen Gefangenen beendet war.

Ich wurde dann durch unendlich lange Flure zum Hubschrauberdeck gerollt, vorbei an Hunderten von Bullen, dort sah es aus wie auf einem Militärstützpunkt.
Mit dem Hubschrauber der Medizinischen Hochschule Hannover wurde ich dann nach Celle geflogen.
Nach diesen neun Tagen "Intensivbehandlung" habe ich schlimmer ausgesehen als an dem Abend, an dem ich in Celle "im Sterben" lag."

3.

Der Hungerstreik ist gesetzlich weder als verboten noch als erlaubt hingestellt, er ist ausdrücklich nirgends angesprochen. Nur die Zwangsernährungsregelung im StVollzG (§ 101) zielt auf den Hungerstreik ab. Diese Bestimmung hat aber die grundsätzliche Frage nach einem Recht auf Hungerstreik ebensowenig geklärt.

Das Wort "Hungerstreik" findet sich nicht im Gesetz. Insbesondere fehlt eine ausdrückliche strafrechtliche Verhaltensanweisung. § 101 StVollzG beinhaltet nur eine Ermächtigung für die Verpflichtung für das Vollzugspersonal gegenüber einem Hungerstreikenden. Adressat ist nicht der Bürger, ganz abgesehen davon, daß die Bestimmung "weder klar ja noch eindeutig nein" zur Zwangsernährung Stellung bezieht. Eine gesetzgeberische Entscheidung für oder gegen die Rechtmäßigkeit eines Hungerstreiks ist damit nicht getroffen.

4.

Der Hungerstreik stellt sich mit der erhobenen Forderung als eine Meinungsäusserung dar, die sich im "Kampf der Meinungen" auf Art. 5 Abs. 1 GG berufen kann. Hierbei wird auch die unberechtigte Forderung nach dem Schutz dieses Grundrechts erfaßt. Soweit Hungerstreikaktionen gemeinschaftlich (d.h. kollektiv) durchgeführt werden, greift weiterhin der Schutz des Artikel 8 GG ein.
In Ausnahmefällen können sich die Streikenden auch auf den Artikel 4 Abs. 1 GG stützen.

5.

Die Schrankentrias des Artikel 2 Abs. 1 GG steht diesem Grundrecht auf körperliche Selbstbestimmung nicht entgegen. Über rechtsirrelevante Gefühlsbeeinträchtigungen hinaus sind weder die Rechte anderer Bürger entscheidend berührt, noch wird gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen. Auch verstößt die Inanspruchnahme einer solchen Selbstbestimmung nicht gegen das "Sittengesetz", hier verstanden als herrschende Sozialmoral.

6.

Das Recht auf Hungerstreik ist ebensowenig im Gefangenenstatus beschnitten. Die Fürsorgepflicht verlangt nur ein Eingreifen gegen unfrei handelnden Gefangenen.

7.

Der Hungerstreik ist auch keine strafbare Nötigung. Dies gilt auch für unberechtigte Forderungen, wie auch in Freiheitsentzugsanstalten.

8.

Die Strafbarkeit von Unterstützungshandlungen zu einem Hungerstreik entfällt wegen fehlender Tatbestandsmässigkeit einer Haupttat.

Es wird daher beantragt,

1. die Ladung von Herrn Prof. Dr. Heribert Ostendorf, Universität Hamburg, Hamburg, zur Erstattung eines rechtswissenschaftlichen Gutachtens,
2. die Ladung und Vernehmung von Herrn Prof. Dr. Heribert Ostendorf, Universität Hamburg, Hamburg, als Sachverständigen Zeugen,
3. die Ladung und Vernehmung von Herrn Knut Folkerts, Justizvollzugsanstalt Celle, Celle, als Zeugen.

A. Zielinski (Rechtsanwalt)

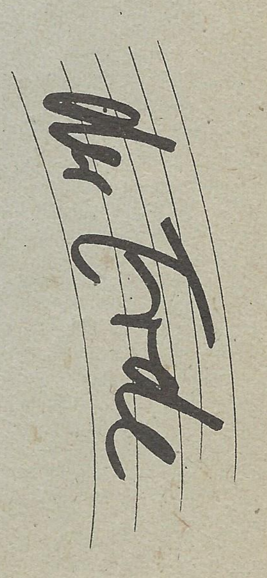
Anmerkung: Der vollständige Bericht von Knut Folkerts befindet sich in der DOKUMENTATION:

VON DER ZWANGSERNÄHRUNG ZUR 'KOMALÖSUNG' - Methoden des Staatsschutzes gegen die Gefangenen im kollektiven Hungerstreik 1984/85 - Berichte, Analysen, Dokumente - herausgegeben von den Anwältinnen und Anwälten im September 1985
Bezug über: s'blättle
Preis: DM 5,-- incl. Versandkosten

Zu unserer Fidel Castro-Interview-Abdruck-Diskussion: wer doch was Neues von ihm lesen will, dem empfehlen wir
Fidel Castro, Interview mit der spanischen Agentur EFE v. 13.2.1985 über "Lateinamerikas unbezahlbare Auslandsschulden, ihre unvorhersehbaren Folgen und andere Themen politischen und historischen Interesses", zu beziehen von der Freundschaftsgesellschaft Westberlin - Cuba e. V., Postfach 3345, 1000 Berlin 30; das Heft kostet DM 5,--.

In der CHORWERKSTATT STUTTGART treffen sich Leute, die ihre Freude am Singen mit gesellschaftlichem Engagement verbinden.
Unsere Lieder sind international - von Brecht bis Theodorakis -, geben den Pulsschlag unserer Zeit wieder und regen zu einem gegen- und vielseitigen Lernen an.

Mit einem Programm "SOLIDARITÄT IST DIE ZÄRTLICHKEIT DER VÖLKER" haben wir bei verschiedenen Anlässen der Friedensbewegung mitgewirkt. Zuletzt beim landesweiten Hiroshima-Forum in Heilbronn.



Im UNO-FRIEDENSJAHR 1986 werden wir mit neuen musikalischen Impulsen (u.a. Chorwerke von Theodorakis) unsere Stimmen für eine Kultur des Friedens einsetzen.

CHORPROBEN JEDEN DONNERSTAG UM 20 UHR IN STUTTGART, ZENTRUM MITTE SILCHERSAAL, HOHE STRASSE 9

PROBENBEGINN: 31. OKTOBER 1985

KONTAKTADRESSE:

Heinz Seitz, Wallenstr. 29, 7 Stuttgart 40, Tel. 0711/841804
Henning Zierock, Am Lustnauer Tor 4, 74 Tübingen, Tel. 07071/52200

Zum Prozeß gegen Angehörige der politischen Gefangenen (Esslingen)

Prozeßerklärung von Irene Klar

Am 4.12.1984 begann der unbefristete Hungerstreik, der trotz staatlicher Dementis die Veränderung der Haftbedingungen zum Ziel hatte, d.h. die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF, dem Widerstand und aller kämpfenden Gefangenen. Wir Angehörige wissen, daß dies das einzige Mittel der Gefangenen ist, die Isolation zu durchbrechen und ihre politische Identität zu bewahren.
Durch unsere Erfahrung, besonders bei den Besuchen, ist uns klar geworden, daß diese Haftbedingungen, die optische und akustische Isolation, auf die langsame Vernichtung der Gefangenen zielt.
In einer Veröffentlichung des Bundesinnenministeriums wird die Isolation der Gefangenen gefordert, "um den Zusammenbruch des bisherigen Weltbildes zu erreichen", wobei "das Interesse des Gefangenen an seiner körperlichen Unversehrtheit zurücktreten kann.

Diese Tatsachen an die Öffentlichkeit zu bringen und dadurch anzugreifen, ist seit Jahren die Praxis der Angehörigenarbeit. Zu dem Zeitpunkt, an dem wir in Deizisau waren, am 6.1.1985, dauerte der Hungerstreik schon über vier Wochen an, der Gesundheitszustand von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt war mehr als bedrohlich. Die BAW hat alles getan, um jede Veränderung zu verhindern. Tote Gefangene wurden einkalkuliert.
Die Verantwortlichkeit für das Leben der Gefangenen lag und liegt aber nicht in den Händen eines abstrakten Apparates, sondern es gibt einzelne Personen, die dafür verantwortlich sind. Deshalb waren wir an diesem Sonntag vor das Haus des Richters Knospe gekommen, dem Vorsitzenden im Stammheimer Prozeß gegen Christian und Brigitte und somit Verantwortlichen für ihr Leben.

Wir haben mit Transparenten und einer über Megafon verlesenen Erklärung verlangt daß er sofort dafür sorgt, daß Christian und Brigitte mit Gefangenen aus der RAF, dem Widerstand und mit anderen kämpfenden Gefangenen in große selbstbestimmte Gruppen zusammengelegt werden.
Als wir nach etwa einer Stunde gehen wollten, kam die Polizei und sperrte die Strasse nach beiden Seiten ab. Unsere Personalausweise wurden eingesammelt, die Transparente und das Megafon uns abgenommen, einer wurde nach Waffen durchsucht. Obwohl wir uns alle ausgewiesen hatten, wurden wir ins Polizeirevier nach Esslingen gebracht. An dem, wie alles weiter gelaufen ist, hab ich dann vieles verstanden.

Nach einer Stunde Wartezeit kam der Befehl: "Aufstellen in Zweierreihen" und dann Abtransport zur ED-Behandlung. Als wir uns nicht aktiv an dieser ED-Tortour beteiligt haben, gingen sie mit brutalen körperlichen Angriffen gegen uns vor. Einige von uns mußten sich fast ganz ausziehen unter der Drohung, daß sie, wenn sie es nicht freiwillig täten, von den männlichen Beamten ausgezogen würden. Die Arme wurden uns verdreht, und wenn sie trotz aller Gewalt nicht weiterkamen, wurde gedroht "Ich brech Ihnen jetzt den Arm!".
Bei dem Versuch, die Fingerabdrücke zu nehmen, wurden einigen spitze Metallstücke unter die Fingernägel gedrückt. Um Fotos zu bekommen und um die Form der Ohren festzustellen, wurden einige von uns gewürgt, die Augen mit Gewalt geöffnet. Auch die beiden Mütter mußten sich fast ganz nackt ausziehen und wurden mit höchstpersönlichen Fragen konfrontiert. Die Brutalität, mit der sie gegen uns vorgegangen sind, war für mich eine neue Erfahrung, ist nochmal was anderes, ob man es nur weiß, oder am eigenen Körper spürt. Dazu gehört auch, zu entscheiden, daß es einen Punkt gibt, an dem man nicht mehr alles widerspruchslos mit sich machen läßt.

Die ED-Behandlung und nun dieser Prozeß, reduziert auf den Vorwurf 'Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte' sind die Fortführung von Einschüchterungsversuchen, mit denen wir immer stärker konfrontiert sind. Unsere Erfahrung der letzten Monate ist, daß der Staat versucht, uns mit allen Mitteln von unserem Kampf für die Zl abzuhalten. Unsere Aktionen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen werden als Begründung benutzt, um Besuchsverbote auszusprechen.
Daß diese Besuchsverbote die Gefangenen und uns treffen sollen, ist klar. Aber auch dieser Prozeß wird nicht verhindern, daß wir auch in Zukunft dem Ziel des Staates, die Gefangenen vollkommen zu isolieren, im Weg stehen werden, d.h. mit denen für uns legitimen Mitteln in der Öffentlichkeit über die Haftbedingungen zu informieren und für die Forderung der Gefangenen nach der Zl einzutreten."



Familienangehörige der inhaftierten RAF-Mitglieder marschierten an der Spitze des Demonstrationszuges.

Zum Prozeßverlauf am 21. November 1985

Es war sehr schön, daß der besondere Gerichtssaal - der größte im Amtsgericht - bis auf den letzten Platz von uns gefüllt war und daß während des ganzen Prozesses eine gute Stimmung war. Gleich zu Beginn stellten sich alle Angehörigen die ebenfalls an der Aktion in Deizisau dabei gewesen waren, an der Wand hinter Irene auf und erklärten dem Richter, daß sie dort stehen bleiben wollten und daß das Verfahren auch genauso ihnen gelten würde. Der Richter - kein Scharfmacher - fand das aber für den "ordnungsgemäßen Gang der Verhandlung" störend, so daß die Angehörigen sich darauf im Saal niederließen.
Aus Platzgründen hier nur soviel:
Die Vernehmung zweier Bullen - dessen, der die ED-Behandlung angeordnet und dessen, der sie durchgeführt hat - hat ganz klar ergeben, daß die Polizei sowie die politischen Entscheidungsträger, die anonym geblieben sind, zu keinem Zeitpunkt über die Identität der festgehaltenen Angehörigen im Zweifel waren bzw. sein konnten. Eine entsprechende Frage des Richters machte das auch dem letzten Zuhörer deutlich.
Das bedeutet konkret: Es war unabdingbare Voraussetzung gewesen, daß sie sich über die Identität der Angehörigen im Klaren waren, um sie dann "ED-zu behandeln", d.h. das ist die Vorstufe der physischen Folter, wie das Irene für sich beschrieben hat. Wir können also davon ausgehen, daß der Staat das auch in Zukunft so durchführen wird, wenn wir nicht auch dagegen soweit möglich entschiedenen Widerstand leisten.
Im Übrigen ist zu dem nichts hinzuzufügen, was Irene in ihrer Erklärung gesagt hat.

Wegen wetterbedingter Verspätung hat der Richter das Verfahren auf den nächsten Mittwoch vertagt - es kann aber als sicher angenommen werden, daß er das Verfahren nach § 153 StPO einstellen wird. Als taktisches Ziel reicht das der BAW z.B., um entsprechende Besuchsverbote gegen Irene zu beantragen und durchzusetzen.

Solidaritätserklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen

An die
Organisation der Familienangehörigen der politischen Gefangenen in Chile

Die Nachricht von dem Blutbad und den sechs Morden, die die sogenannten Sicherheitskräfte am 18.10.1985 an den Gefangenen in Santiago verübten, hat uns traurig und wütend gemacht. Wir wollen, daß ihr in dieser Situation wißt, daß euch unsere Solidarität gehört und daß wir dieses weitere Verbrechen der chilenischen Diktatur bekannt machen werden. Bei unserer Anklage dürfen wir auch nicht die jetzige und vergangene Regierungen und die Wirtschaftskreise unseres Landes auslassen. Ohne deren wirtschaftliche, militärische und politische Unterstützung wäre dieses verbrecherische Regime in Chile nicht möglich.

Wir schämen uns nicht erst seit der Aussage von Bruno Heck (früherer CDU-Generalsekretär : "Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm." über die Umwandlung des Fußballstadions von Santiago in ein Konzentrationslager für verhaftete Allende-Anhänger nach dem Putsch der Militärs am 11.9.1973) für das Handeln deutscher Schreibtischtäter. Sie unterstützen in Chile und anderen Ländern des südamerikanischen Kontinents Militärdiktaturen, die das Volk unterdrücken und Revolutionäre ermorden, um die Profite der Konzerne zu sichern.

Wir sind sicher, daß es sich bei dem Vorfall am 18.10. nicht um einen "Fluchtversuch" handelte, sondern um eine geplante Aktion der Militärbehörden, um sich der Gefangenen als entschlossene Oppositionelle zu entledigen, sie griffen zu diesem Mittel, nachdem der nationale und internationale Protest gegen die Verletzung der Menschenrechte und die Unterdrückung des Volkes durch die chilenische Militärregierung so laut geworden war, daß sie offizielle Todesurteile nicht mehr wagen konnten. Es lindert nicht den Schmerz über die Toten, aber es ist wichtig zu sagen: Ihre Brutalität und ihre Verbrechen sind die Reaktion darauf, daß sie das Ende ihres Regimes kommen sehen.



Es ist derselbe Feind, der eure Kinder und Geschwister einsperrt und ermordet hat, der auch hier in der BRD seine menschenverachtenden Ziele durchzusetzen sucht und Widerstand dagegen verfolgt. Am 18. 10.1977 wurden in der BRD drei Gefangene aus der RAF im Hochsicherheitstrakt ermordet, am 12.11. eine weitere Gefangene im selben Zusammenhang. Am 18.10.1985 werden in Chile sechs politische Gefangene ermordet und weitere schwerverletzt. Bei uns hieß es "Selbstmord", bei euch nennt man es "Fluchtversuch".

Wir fordern die Möglichkeit des Exils für die zu Gefängnis und Tod verurteilten politischen Gefangenen. Wir fordern die sofortige Einstellung jeglicher Repression gegen die politischen Gefangenen. Wir fordern ebenso die Beendigung der Repression gegen euch als Familienangehörige. Wir fordern: freien Zugang für euch zu euren Angehörigen im Gefängnis. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß die Berichte der Angehörigen draußen einen Schutz für die politischen Gefangenen bedeutet. Es ist einfacher, Menschen zu ermorden, über deren Situation nichts bekannt ist, die keine Unterstützung in der Öffentlichkeit haben.

Wir grüßen euch mit Liebe und wünschen euch Kraft!

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD
Postlagerkarte 05 02 05
7500 Karlsruhe 1

A U F R U F

Wir fordern euch, Leser und Abonnenten des blättle, auf, jetzt in der Weihnachtszeit Geldspenden für die Pakete für politische Gefangene hier in der BRD zu überweisen, und in diesem Sinn eure Bekannten oder Angehörigen anzusprechen auf das

Postgirokonto Berlin West (Bln)
Kontonummer 44 86 30 - 102
Omega Becker

DIE STADT STUTTGART UNTERSTÜTZT TÜRKISCHE FASCHISTEN !

Türkische faschistische Organisationen können ungehindert Veranstaltungen, mit Genehmigung der Behörden, in Stuttgart durchführen.
Am 23. 12. 84 besetzten 150 Antifaschisten das Gustav-Siegle-Haus, um eine Veranstaltung des Türkischen Nationalen Kulturvereins zu verhindern. Mittlerweile haben die ersten Prozesse gegen die Antifaschisten begonnen. Der "Arbeitskreis für die Einstellung der Prozesse gegen Antifaschisten in Stuttgart" hat eine Broschüre erstellt, die Informationen über die Anklagen gegen die Besetzer des Gustav-Siegle-Haus enthält, das Programm der türkischen Faschisten (MHP), die Verbindung von Funktionären der türkischen Vereine in Stuttgart mit der MHP, die politische und wirtschaftliche Lage in der Türkei, den Terror der "Grauen Wölfe", Argumente für das Verbot und die Auflösung der faschistischen Vereine nach Art. 139 GG, sowie die Satzungen der faschistischen türkischen Vereine.

Die Broschüre ist erhältlich bei:

GNN - Verlag, Gutenbergstr. 48
7000 Stuttgart 1

Am 20. 11. 85 hielt der türkische Nationale Kulturverein erneut eine Veranstaltung im Gustav-Siegle-Haus ab. Vier türkische Antifaschisten wurden vor dem Gustav-Siegle-Haus zusammengeschlagen. Die Polizei schaute dabei zu und weigerte sich, die türkischen Faschisten zur Indentifizierung aus dem G.-S.-Haus zu holen.

Am 14.12.85 wird der "Arbeitskreis für die Einstellung der Prozesse gegen Antifaschisten in Stuttgart" eine Veranstaltung im Jugendhaus Mitte durchführen.
Es wird um die Aktivitäten der türkischen Faschisten in Stuttgart und das Verhalten der Stadtverwaltung gehen.
Desweiteren wird die Lage in den Prozessen gegen Antifaschisten erörtert. Außerdem werden die rechtlichen Möglichkeiten im Kampf gegen die Faschisten diskutiert.



DIE GRÜNEN

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

Die Fraktion GRÜNE im Landtag und der Landesarbeitskreis Wirtschaft der GRÜNEN in Baden-Württemberg laden herzlich ein zur öffentlichen Anhörung:

Selbstverwaltet Wirtschaften -

Situation und Perspektiven für BaWü

am Samstag, 7. Dezember, 10.00 im Landtagsgebäude, Konrad-Adenauer-Str. 3; (zu Fuß 10 Min. vom Hauptbahnhof)

Programm

10.00 Uhr bis 10.45 Uhr
Begrüßung und Eröffnungsreferat zum Thema

10.45 Uhr bis 12.00 Uhr
Vier selbstverwaltete Betriebe berichten aus ihrer Sicht und Situation zum Thema

12.00 Uhr bis 13.30 Uhr
Mittagspause. Bewirtung in der Lobby des Landtages durch Cafe Merlin.

13.30 Uhr bis 16.30 Uhr
Arbeitsgruppen zu den Themen: Finanzierung, Beratung, Rahmenbedingungen, Demokratie in der Arbeitswelt, Arbeitslosigkeit und SV-Betriebe, Frauen im SV-Betrieb, Umfeldprobleme (Stadt-Land)

Die Teilnehmer der Arbeitsgruppen haben die Möglichkeit zu einem Vorstellungs-, Eingangsstatement von etwa 5 Minuten vor der allgemeinen Diskussionsrunde.

16.45 Uhr bis 18.00 Uhr
Kurzberichte der Arbeitsgruppen im Plenum, kurze Abschlußbeiträge nach Wortmeldung.

Zum Eintritt in das Landtagsgebäude muß man beim Pförtner eine persönliche Einladung vorweisen. Diese persönliche Einladung bitte anfordern unter: 0711/2063-463/465/467/460

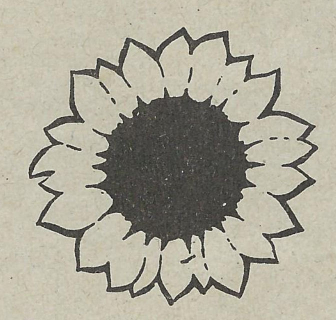
Stuttgarter Grüne fordern Einhaltung der KSZE Schlußakte

Nach Ansicht der Stuttgarter Grünen stellt die Verhaftung von Lutz Säuberlich aus Oberseifersdorf (DDR) einen Verstoß gegen die auch von der DDR unterzeichneten KSZE Schlußakte, welche die Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten garantiert, dar.

Lutz Säuberlich, 26, wurde nach Informationen der Stuttgarter Grünen, am 5.11. 85 von Angehörigen der Volkspolizei abgeholt und in Zwitau inhaftiert, weil er den Kriegsdienst mit der Waffe ablehnt, ebenso wie den waffenlosen Dienst als Bausoldat in der nationalen Volksarmee. Er befindet sich seit seiner Verhaftung in einem unbefristeten Hungerstreik.

Neben Säuberlichs sofortiger Freilassung forderten die Grünen auch die Genehmigung des Ausreiseantrags für ihn und seine Familie, der seit dem 20.3.84 läuft.

Die Grünen erinnern desweiteren daran, daß auch die in der BRD existierende Praxis, der im Grundgesetz verankerten Gewissensfreiheit einen dramatischen Unrechtszustand darstellt. Dazu gehörten sowohl die schriftliche Gewissensprüfung als auch die Verlängerung des Zivildienstes und die Inhaftierung von Totalverweigeren. Als Perspektiven grüner KDV-Politik nannten die Grünen die ersatzlose Streichung des Anerkennungsverfahrens und die Umgestaltung des Zivildienstes in einen wirklichen Friedensdienst.



(Zuruf von der CDU/CSU zu den GRÜNEN – Gegenruf des Abg. Schily [GRÜNE]: Halten Sie Ihre Schnauze! Das ist ja unsäglich! – Pfeffermann [CDU/CSU]: Das ist hier ein Ton! – Dr. Müller [Bremen] [GRÜNE]: So eine Frechheit habe ich lange nicht mehr gehört! – Dr. Bötsch [CDU/CSU]: Wir sind hier nicht bei der RAF! – Weitere lebhafte Zurufe zwischen der CDU/CSU und den GRÜNEN).

← Aus dem Landtag



7. Umsonst & Draußen 1986

Trotz der Riesenpleite in diesem Jahr (Regen, REgen, Regen,...) wollen wir 1986 wieder ein U&D machen. Allerdings sind wir der Meinung, daß es dazu einiges zu sagen gibt. Wir wollen euch unsere Gedanken mitteilen, eure Meinung dazu hören und euch zur Mitarbeit auffordern.

Als 1980 das erste U&D in Stuttgart stattfand, war einer der Beweggründe, gegen die herrschenden Politik und etablierte Kultur zu protestieren. Außer dem Protest war es uns wichtig, ein gut durchorganisiertes Fest unter nicht kommerziellen Gesichtspunkten durchzuführen.
Viele Stuttgarter Gruppen und Initiativen beteiligten sich am Protest und zeigten politische und kulturelle Alternativen auf. Dieses Engagement vermisste man allerdings bei den nachfolgenden U&D's immer mehr. 1984 war es dann so, daß zwar ein sehr gut organisiertes U&D stattfand, dem aber beinahe jeglicher Anspruch, außer, daß es ein tolles Rockfest war, abhanden kam. So gab es bei der Vorbereitung zum diesjährigen U&D heftige Diskussion über die Art und Weise der Durchführung. Alle waren wir der Meinung, daß zum U&D nicht nur gute Musik, Spiel und Spaß gehören, sondern auch eine Öffentlichkeit für alternative Kultur, Wirtschaftsbetriebe und Politik. Mit der Durchführung einer Projektemesse für alternative Betriebe und Einrichtungen wollten wir das U&D etwas aus dem Konsumdasein herausholen. Leider fiel das das Ganze einem sommerlichen Platzregen zum Opfer, sodaß über die Wirkung einer Projektemesse kaum etwas gesagt werden kann.

Das 7. U&D soll an diesem Punkt weitermachen. Wir wollen einen Rahmen schaffen, wo sich alle interessierten Gruppen und Initiativen nicht nur vorstellen, sondern sich auch inhaltlich beteiligen. Wir wollen kein Programm machen, bei dem ihr mit einem Infostand abseits steht, sondern daß ihr Teil des Programms seid. Dies gab es leider viel zu selten. Wir sind der Meinung, daß alle, die sich in dieser Gesellschaft nicht immer wohl fühlen und andere Vorstellungen haben, einmal im Jahr gemeinsam etwas machen können.

U&D Plenum

U+D:

- O Wir wollen zu einem eurer nächsten Treffen kommen; Termin 25.11 oder 16.12.85 (Siehe Lageplan auf der Rückseite).
- O Wir sind generell an einer Mitarbeit interessiert.
- O Wir wollen euch etwas spenden.

Anschrift:
Martin Himmelsbach
Ginsterweg 3
7000 Stuttgart 1
Tel: 464207

oder

Ralf Leiprecht
Hohenloherstr. 68
7000 Stuttgart 40
Tel: 871855 bei Pfeiffer

BAHN – Der letzte Zug ist noch nicht abgefahren !

Aus Anlaß des Jubiläums: "15o Jahre deutsche Eisenbahn" am 7. Dezember 1985 in Nürnberg hat der ARBEITSKREIS VERKEHR und Umwelt e.V., Cheruskerstr. 10, 1000 Berlin 62 eine "Anti-Festschrift" herausgegeben. Der Titel:

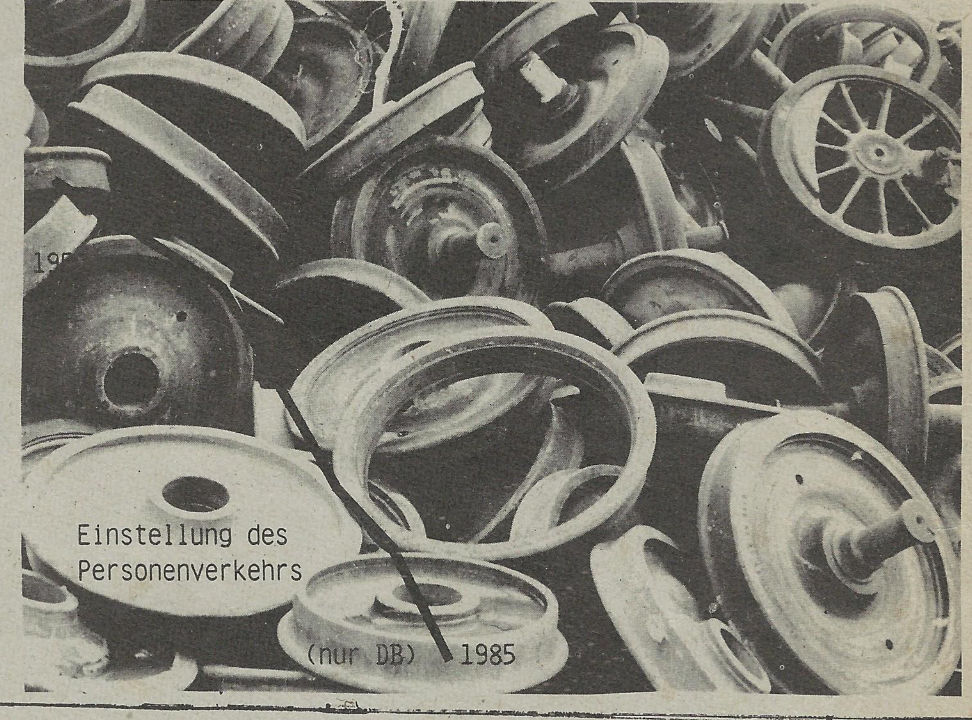
BAHN - Der letzte Zug ist noch nicht abgefahren!

Preis: 3,00 DM + Porto und Verpackung (ab 20 Exemplare nur: 1,50 DM + P.u.V.) Ein Exemplar wird auch gegen Voreinsendung von 5,00 DM in Briefmarken verschickt.

Auf 36 Seiten wurden aktuelle Daten zum Schienen- und "Schienen-Ersatz-Verkehr" der Eisenbahnen in der Bundesrepublik Deutschland zusammengestellt. Die Schrift ist aber nicht ausschließlich auf die Bahnpolitik ausgerichtet, da diese nicht isoliert von der Verkerhs- und Gesellschaftspolitik betrachtet werden kann. Jede halbherzige Maßnahme zur Förderung der Bahn wurde in den letzten 35 Jahren weitgehend durch die massive Bevorzugung anderer Verkehrsmittel aufgehoben. Alle Daten, Argumente und Forderungen konzentrieren sich allerdings auf den Fernverkehr. Die Entwicklung der Eisenbahnen in den Nachkriegsjahren im Personen- aber auch im Güterverkehr ist so erdrückend, daß diese Veröffentlichung alles andere als eine "Festschrift" wurde.
Die darin beschriebenen Maßnahmen der Deutschen Bundesbahn (DB) und des Bundesministeriums für Verkehr zur "Rettung der Bahn" können keinesfalls überzeugen, wenn man gleichzeitig die steigenden Umweltbelastungen durch den motorisierten Individual- und durch den Straßengüterverkehr betrachtet.

Die Bahnpolitik mu ß bei der "Sanierung unserer Umwelt" eine ganz wesentliche Rolle einnehmen; die DB und das Verkehrsministerium reden dagegen fast ausschließlich von der "betriebswirtschaftlichen Sanierung der DB".
Deshalb werden in dieser Streitschrift die Vorstellungen und Aktivitäten der Verwaltungen, der verantwortlichen Politiker, der Parteien, der Gewerkschaften und anderer Interessengruppen soweit wie möglich in den gesellschaftspolitischen Rahmen gestellt. Die Tatsache, daß sich die DB vom Schienenverkehr in der Fläche weitgehend zurückziehen will, stellt natürlich einen der Schwerpunkte dieser Schrift dar. Daneben werden allerdings auch weitere umstrittene Punkte, wie z.B. die Geschwindigkeit der Bahn, die Probleme des Busverkehrs, die Finanzsituation der DB, die Neubaustrecken, die Förderung des Straßengüterverkehrs und auch die Umweltverträglichkeit der Bahn nicht ausgeklammert.
Es wurde versucht, einen einigermaßen vollständigen Überblick über die derzeitige Situation des Fernverkehrs in der BRD zu vermitteln. Dadurch ist die Broschüre ein "kleines Nachschlagewerk" geworden für alle, die sich aktiv für die Erhaltung der Bahn einsetzen wollen.
In Anbetracht der Umweltprobleme: Unfälle im Straßenverkehr, Luftverschmutzung (Gesundheit, Waldsterben), Lärm, Bodenvergiftung und Bodenerosion, Flächen- und Energieverschleiß usw. ist die radikale Förderung der Bahn als flächendeckendes Verkehrsmittel zu einer der wichtigsten sozialpolitischen Forderungen im Verkehrsbereich geworden.

Es muß allerdings sehr schnell gehandelt werden, denn noch ist der letzte Zug nicht abgefahren!



Ordnungsverfahren an der Uni Hohenheim

Im Sommersemester 1985 gab es an der Uni Hohenheim Wirbel um die Einladung des für seiner ausländer- und frauenfeindlichen Veröffentlichungen bekannten Soziologen Hepp (Osnabrück).
Die studentischen Vertreterinnen im Senat der Universität stellen den Antrag, ihn wieder auszuladen. Die Ausladung ebenso wie die Diskussion über die Thesen Hepps wurde vom Senat in der Sitzung am 8. Mai (!) abgelehnt.

Am 8. Juli schließlich kam Hepp nach Hohenheim. Ungefähr tausend Menschen waren an jenem Abend anwesend, das Thema war bereits in den Wochen zuvor in vielen Organisationen und in der Presse diskutiert worden. Die Veranstaltung konnte nicht stattfinden, da das Podium besetzt wurde. Stattdessen wurde über Rassismus und Faschismus diskutiert.

Die Geschichte hat nun eine Fortsetzung erfahren: Seit ca. 4 Wochen läuft gegen das studentische Senatsmitglied Anke Rigbers ein Ordnungsverfahren wegen ihrer "Beteiligung an den Vorfällen um den verhinderten Vortag von Prof. Hepp". Was ihr konkret vorgeworfen wird, ist nicht bekannt. Da es das Ordnungsrecht jedoch erlaubt, jederzeit eine Ordnungsmaßnahme auszusprechen (im härtesten Fall: Exmatrikulation) ohne, daß es vorher zu einem Verfahren kommt, müssen wir uns bereits jetzt dagegen wehren.

Das ganze Verfahren verfolgt wohl nur einen Zweck: die politische Opposition an der Uni einzuschüchtern und mundtot zu machen.
Um dies zu verhindern, brauchen wir massive Unterstützung auch von außerhalb.
Informationen : Tel. 0711/4501-2060 (AStA Uni Hohenheim)

Nachrichten vom Widerstand (Kaiserslautern)

Am 19.1.1985 lief an der Uni in Kaiserslautern eine Veranstaltung zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD. Diese Veranstaltung war Teil der starken Mobilisierung bundesweit und im Ausland während des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand für ihre Zusammenlegung in große Gruppen.
Gegen die offene politische Auseinandersetzung nach dieser Veranstaltung über die Bestimmung der nächsten Schritte versuchte der Staatsschutz, durch Bullen- und Justizterror die Ansätze gemeinsamen politischen und praktischen Handelns zu zerschlagen:

Mehrmalige Hausdurchsuchungen in verschiedenen Wohnungen im Abschnitt von nur einigen Monaten; Vorladung des gesamten AStA zu den Bullen; politisch als unbedarft eingeschätzte Leute zur Kollaboration mit dem Staatsschutz zu bewegen bis hin zu einer Vorladung der Staatsanwaltschaft beim Staatsschutzsenat des OLG Koblenz; Terror am Arbeitsplatz und Druck über die Eltern durch Bullenanrufe; versuchte Spitzelanwerbungen; vom OLG abgesegnete Telefonüberwachungen in Wohnungen, in einem benachbarten Telefonhäuschen und in einer Scene-Kneipe; Aufforderung des Staatsschutz' in sämtlichen lokalen Copy-Shops und Kneipen mit Lichtbildvorlagen, das Erscheinen irgendeines Betroffenen sofort zu melden usw.
Legitimiert wird der Terror über das Konstrukt gegen sieben Leute "Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" zur "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung".

Ähnliche Vorgehensweisen sind in der ganzen BRD bekannt.

Die hier nur kurz angerissenen Beispiele zeigen, daß der imperialistische Staatsschutzstaat den Krieg nach innen gegen alle Ebenen des Widerstands führt. Zu ihrer präventiven Aufstandsbekämpfung gehört die totale Durchdringung der Gesellschaft, Überwachung, Bespitzelung, Razzien und Gefangennahme.

Die Staatsschutzmethoden in Kaiserslautern ordnen sich in die allgemeine imperialistische Strategie zur Vernichtung des Widerstands ein. Sie zielt gegen die sich entwickelnde antiimperialistische Front von Guerilla, Widerstand und Gefangenen, wie sie während des letzten Hungerstreiks greifbar wurde. Die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes, der sich längst über die nationalen Grenzen zog, gab die sichtbare Vorstellung, wie der Imperialismus zu brechen ist.

Die Reaktion des Imperialismus ist der Einsatz blanker Macht und Gewalt. Das ist aber auch sein Dilemma: Der Krieg nach innen wird für immer mehr Menschen als solcher erkennbar.
Die Entwicklung der letzten Jahre, die Intensivierung und Militarisierung der Aufstandsbekämpfung, Bürgerkriegsmanöver und Todesschüsse sind ihre Antworten, weil sie wissen, daß die Entwicklung zur Front nicht mehr zurückzuholen ist.
So wurde nach der Ermordung Günter Sarês, nachdem in der ganzen BRD Demos und Aktionen gemacht wurden, klar, daß der Widerstand sich verankert hat.

Die alle Ebenen umspannende militärische Offensive des Imperialismus gegen die weltweiten Kämpfe um Befreiung sind nicht Ausdruck von Stärke.

Ihr strategisches Projekt - imperialistisches Gesamtsystem - mit der NATO als Klammer, bedeutet nach US-Logik, Krieg und Unterwerfung gegen alles, was sich ihren Interessen in den Weg stellt. Wie zuletzt, unter Mißachtung aller internationaler Rechte, das Abfangmanöver gegen die ägyptische Maschine, um sie zur Landung auf der NATO-Base in Sizilien zu zwingen und der anschließende Überfall von US-Militärs auf die Maschine, mit einem beinahe kriegerischen Zusammenstoß mit Italienern.

Die Linie der offiziellen NATO-Politik - Prävention und Vergeltung - ist die Verlängerung der amerikanischen Regierungspolitik: Staatsterrorismus gegen revolutionären Widerstand.
Die Polarisierung: internationaler Klassenkrieg ./. imperialistischer Krieg ist in der jetzigen Etappe durch ein noch unentschiedenes Kräfteverhältnis gekennzeichnet.
Über das Bewußtsein, daß der Imperialismus nur insgesamt zu besiegen ist, schoben sich die weltweiten Kämpfe in der Dritten Welt und in den Metropolen zusammen.

Die Vereinheitlichung der revolutionären Kämpfe, die Entwicklung zur antiimperialistischen Front in Westeuropa setzt der imperialistischen Unterwerfungs- und Vernichtungsstrategie die Grenze und wird seine endgültige Niederlage besiegeln.
Die Angriffe der westeuropäischen Guerilla, die Angriffe des militanten Widerstands und das Bewußtsein, daß immer mehr Menschen sich gegen die imperialistischen Strukturen stellen, schaffen einen immer stärkeren Druck.

Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa

Aufruf zum Frankfurter Kongreß

Aufruf zu einer internationalen Diskussions- und Veranstaltungswoche mit Genossen aus der BRD, Spanien, Italien, Griechenland, Portugal ...

Eingeladen sind Anwälte und Angehörige von politischen Gefangenen

ES GEHT UM DIE ORGANISIERUNG DER INTERNATIONALEN DISKUSSION:

Aus der politischen und praktischen Nähe des revolutionären Kampfes in Westeuropa, aus der Direktheit, in der sich die Kämpfe aufeinander beziehen und darin neue Impulse für die Entwicklung des revolutionären Prozesses freigesetzt werden, ist die Organisierung der internationalen Diskussion und die Kommunikation des Widerstands zu einem wichtigen und notwendigen Bestandteil der ganzen politischen Auseinandersetzung geworden.

Der Austausch von Erfahrungen des Widerstands gegen die imperialistische Politik aus Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung und die Vermittlung der unterschiedlichen Lage der Kämpfenden soll gemeinsame Prozesse möglich machen und den Zusammenhang der antiimperialistischen und antikapitalistischen Bewegung hier und in Westeuropa politisch vertiefen und weiterentwikkeln.

Wichtig für diese Vorstellung waren die Erfahrungen der letzten Jahre, besonders die während des letzten Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand im letzten Winter: Der gemeinsame Kampf von Guerilla, Widerstand und Gefangenen, in dem die revolutionäre Front für viele greifbar geworden ist, und die starke internationale Mobilisierung, die die nationalen Grenzen schnell durchbrochen hat - von Spanien bis Griechenland.

Aus diesen Erfahrungen kommt das Interesse für eine bewußte und offene Auseinandersetzung über die authentischen Bedingungen in den jeweiligen Ländern und den Kampf, wie er sich in Westeuropa entwickelt hat:
Die Mobilisierung gegen den imperialistischen Krieg, konkret gegen die Stationierung, gegen die NATO und US-Kriegsbasen, gegen AKWs, WAAs, neue Technologie und Kriegsökonomie, gegen die Vernichtung von Lebensbedingungen und die Kämpfe gegen die Repression in den NATO-Staaten.
Die Kämpfe der politischen Gefangenen waren in dieser Entwicklung für uns Orientierung, darin hat sich der Kampf ums Zusammenkommen zuerst konkretisiert.

Mit dem Kongreß wollen wir jetzt eine Möglichkeit schaffen, uns kennenzulernen, Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten aus der Vielfalt des Widerstands in der westeuropäischen Metropole zu diskutieren.

Die eingeladenen Anwälte aus den verschiedenen Ländern werden über die jeweilige Situation berichten.
Die Angehörigen der politischen Gefangenen wollen über die Lage und den Kampf der Gefangenen sowie auch über ihren eigenen Widerstand berichten.
Dazu werden auch Gäste aus dem Nahen Osten und Mittelamerika eingeladen.

Praktisch wollen wir es so machen:
An den vier Tagen sind abends die Veranstaltungen zu den einzelnen Ländern. Tagsüber finden Arbeitsgruppen zu inhaltlichen Themen/Komplexen statt (z.B. zu Internationalismus, Metropole Westeuropa, Umstrukturierung, Erfahrungen im Kampf um die Einheit usw.) und je nachdem, wozu es starkes Interesse oder Fragen gibt. Also Platz für ausführliche Diskussionen und zusätzliche Initiativen.
Am ersten Abend stellen sich die Genossen aus den verschiedenen Ländern vor, und es werden Arbeitsgruppen geplant. An einem der Abende findet ein Kulturfest statt.

31.1.86 - 3.2.86
in Frankfurt
Fachhochschule Nibelungenplatz (Bornheim)

Antiimperialistische Gruppen

Informationen über das Kongreßbüro, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1

Neue Maßnahmen gegen politische Gefangene in der Türkei
Teil 2

T.I.: Bei Amnestie kommt mir sofort "alles Alte wegwischen" in den Sinn, die Leute ohne Umstände und Bedingungen nach draußen zu befördern. Vielleicht kann man das unter dem Gesichtspunkt der Menschlichkeit ja richtig finden, aber vom gesellschaftlichen Standpunkt aus, heißt das nichts anderes, als einen Mörder wieder auf die Gesellschaft loszulassen. Wenn er seine Tat bewußt und genau geplant begangen hat, dann muß das lebenslänglich heißen.
Wenn wir von Rehabilitation sprechen, dann meinen wir, diese Menschen unter ganz bestimmten Bedingungen und mit Behandlung zurrückzugewinnen. Das heißt, nicht einfach ohne weiteres freilassen.
Natürlich ist es das einfachste, sie zu töten. Wenn wir das aber nicht wollen, was dann? Ein wichtiger Faktor ist das Alter. Die übereinstimmende Meinung aller Fachleute ist die, daß Altern die beste Medizin für einen Terroristen ist. Wenn einer auf die vierzig zugeht, dann ist er kein Terrorist mehr. Deßhalb muß man auf jeden Fall bis vierzig Jahre warten. In diesem Zeitraum muß man sie beobachten und behandeln.

Fr.: Sie schlagen also vor diese Leute bis zu 40 Jahren im Gefängnis zu behalten?

T.I.: Je nach dem...Das ist eine teure Angelegenheit, aber besser als Hinrichten. Außerdem...alle diese Methoden sind teuer.

Fr.: Wurden auf der Konferenz die Terroristen klassifiziert?

T.I.: Wir haben sie in drei Gruppen eingeteilt. Leichte Vergehen, schwere Vergehen und Mörder. Unter leichten Vergehen verstehen wir die nicht aktive Teilnahme an Aktionen. Leute die zwar auch anwesend waren, aber keine WAffen dabei hatten oder nicht abgedrückt haben. Schwere Verbrechen, daß bedeutet schon Verwundung oder mehrere Vergehen. In diesen drei Gruppen befindet sich kein einziger 'Gedankenterrorist' oder 'Bücherterrorist'. Die sind ja auch nicht im Gefängnis. Die 'Gedankenterroristen' sind alle draußen. Die Leader sind draußen. Die Terroristen in den türkischen Gefängnissen sind wirklich Dumme im wahrsten Sinne des Wortes. Von den Klugen kommt höchstens mal durch Zufall einer rein, denn sie nehmen normalerweise nicht mal eine Waffe in die Hand...

Fr.: Wie denken Sieüber die Todesstrafe?

T.I.: Sie ist nicht sehr menschlich. Was gibt es für eine Alternative? Es widerspricht meiner Einstellung als Arzt, einem Menschen das Leben zu nehmen. Aber solche Menschen muß man entweder behandeln oder festhalten, denn sie geben keine Ruhe. Sie werden auf jeden FAll wieder irgend etwas machen wollen, daß liegt außerhalb ihres Entscheidungsvermögens. Um das zu verstehen, reicht es, sich zwei davon anzusehen. Den dritten braucht man schon nicht mehr. Ohne sich dessen bewußt zu sein, beziehen sie alles auf sich. Sie können ihren Jähzorn nicht kontrollieren. Dazu finden sie in ihrem Gehirn die entsprechenden genetischen Vorraussetzungen.

Fr.: Werden denn diese Menschen dann durch genetische Veranlagung praktisch zu Marionetten?

T.I.: So ist es! Sowohl die Rechten als auch die Linken. Aber diejenigen, die bei uns auf den Abzug drücken, unterscheiden sich völlig von denen, die das in Deutschland tun,oder in Italien. Sie gleichen eher denen aus Peru, Guatemala oder eher noch denen aus Spanien. Bei uns werden die sorgfältig ausgewählt, wie in einem science fiction-Roman. Da gibt es zu 99% keinen Zufall. Diese Leute haben eine bestimmte Veranlagung, das wurde schon vorher festgestellt. Wir haben unsere Untersuchung über ein Jahr laufen lassen und unsere Methode ist richtig. Die Wahrscheinlichkeit, daß wir uns irren, ist sehr gering.

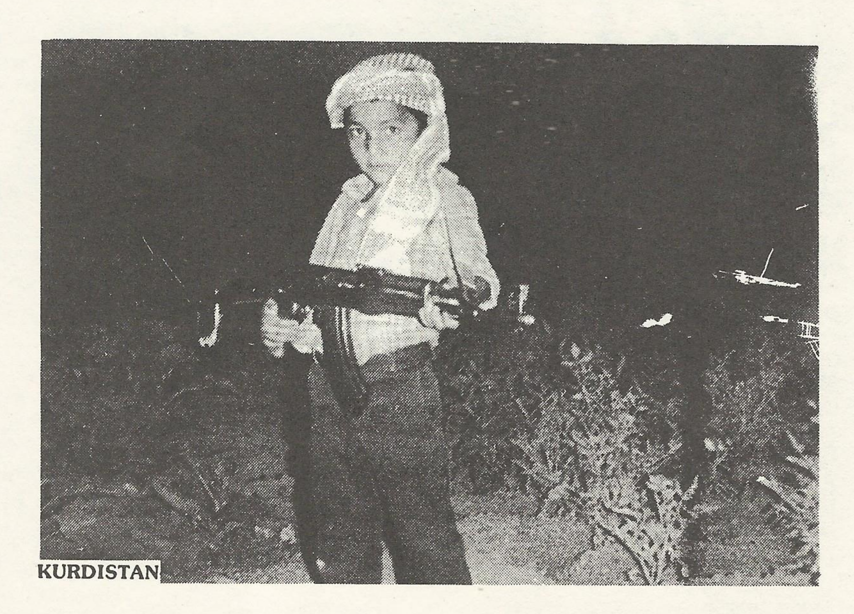


Fr.: Hat bei den Untersuchungen ein Soziologe mitgearbeitet?

T.I.: Ja, aber seinen Namen habe ich vergessen.

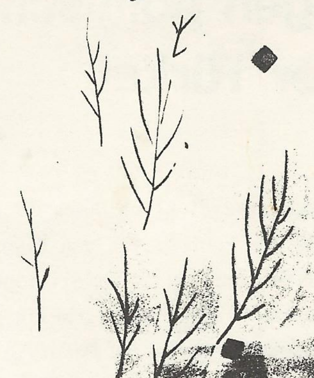
Fr.: Können Sie auf der Grundlage dessen, was wir schon gesprochen haben, ihre Ansicht bezüglich der Terroristen noch einmal zusammenfassen?

T.I.: Ich dachte früher, daß alle Terroristen nur einfache SChizophrene wären. Damals hatte jeder Terrorspezialist hinter jeder Tür einen russischen Agenten vermutet. Nachdem ich mich jetzt 6 Jahre mit Terrorforschung beschäftige, fange ich an das gleiche zu sehen. Es wurden über eine Mrd. Dollar Waffen und anderes Gerät gefunden...wo kommen die denn her? Irgendjemand muß die doch geschickt haben. Irgend ein Helfer. Kapitalist - oder Kommunist.

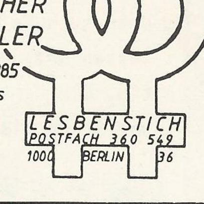

KURDISTAN

(Das Interview erschien im türkischen Magazin "Nokta" am 16.2.1985.)

kleinanzeigen



ADRESSENLISTE
LESBISCHER,
LESBISCH-FEMINISTISCHER
UND LESBISCH-SCHWULER
GRUPPEN STAND: Herbst 1985
BESTELLUNG: gegen mindestens
1,50 DM in Briefmarken an:





LESBENSTICH
POSTFACH 360 549
1000 BERLIN 36

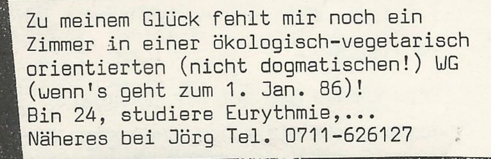
RATEECKE: Auf welchen Tag fällt dies?
Stuttgart
20.00 SZ, Neckarstr. 178
Aus Anlaß des 30. Jahrestages des 1. Anwerbeabkommen der BRD für Gastarbeiter Film über den Einmillionsten Gastarbeiter und Diskussion über Gründung einer Initiative gegen Rassismus und für eine multikulturelle Gesellschaft.

Ich bin zwar Gartenliebhaber, lebe jedoch auch gern in der Stadt.
Aus beruflichen Gründen will ich, Georg, 37 Jahre, aus Berlin, mich in Stuttgart niederlassen und suche zu diesem Zweck eine WG.
Zu erreichen bin ich unter 0711/240129.

Biete MFG jeden Freitag nach Villingen.
Tel. 228422 Regina



halbjährlich
zur Veröffentlichung
Bestellung gegen
3,-DM in Briefmarken
an: Homosexuelle
Aktionsgruppe
Bonn
c/o Postf. 300 513
5300 Bonn 3



Zu meinem Glück fehlt mir noch ein Zimmer in einer ökologisch-vegetarisch orientierten (nicht dogmatischen!) WG (wenn's geht zum 1. Jan. 86)!
Bin 24, studiere Eurythmie,...
Näheres bei Jörg Tel. 0711-626127

IBM-Composer, 82er oder MC, zu kaufen gesucht!
Prolix Verlag Freiburg,
Tel. 0761-70327 oder 0761-709553

GRASWURZEL★ KALENDER '86



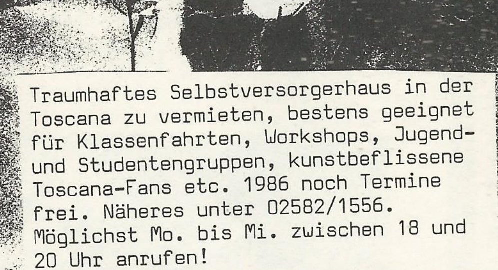
gewaltfrei und ungehorsam

BEITRÄGE ZU: GRASWURZELBEWEGUNG
SOZIALE VERTEIDIGUNG
GENTECHNOLOGIE
ANARCHISMUS
GEWALTFREIHEIT
ALLTÄGL. WIDERSTAND
ERNÄHRUNG
U.V.M.

Ausserdem: Temperaturkalender, Postgebühren, Ferien, Übersichtskalender, Adressen, usw.
A6 266 S. DM 7.50 Gedruckt auf UWS-Papier ab 10 Expl. 30 Prozent Rabatt.

Erhältlich bei:
Graswurzelrevolution Stgt./GSG 1
c/o Gerhart Koepf
Nachtigallenweg 16, 7000 Stuttgart 1

Einzelbestellungen nur gegen Vorausbezahlung auf das Sonderkonto Michael Schmidt Pschk. Stgt. 252092-702, oder in Briefmarken (plus 1 DM Porto)



Traumhaftes Selbstversorgerhaus in der Toscana zu vermieten, bestens geeignet für Klassenfahrten, Workshops, Jugend- und Studentengruppen, kunstbeflissene Toscana-Fans etc. 1986 noch Termine frei. Näheres unter 02582/1556.
Möglichst Mo. bis Mi. zwischen 18 und 20 Uhr anrufen!

Student (Wirtschaftswissenschaften), 23 J., mit kaufm. Berufsausbildung, örtlich ungebunden, engagiert und einsatzfreudig, sucht Mitarbeit in alternativem Betrieb oder Projekt (auch Buchhandlung o.ä.).
Auf Zuschriften freut sich M. Schwab
Jägerstr. 34
8700 Würzburg

SÜDAFRIKA



Geschichte Südafrikas
Geschichte des Schwarzen Widerstandes
Dokumente
Revolte des letzten Jahres
Interviews mit Führern des Befreiungskampfes
Frauen im Widerstand
Politische Gefangene
Die unabhängige schwarze Gewerkschaftsbewegung
Kultur des Widerstandes
Wirtschaftsverbindungen BRD - Südafrika
Liste der Soli- und Aktionsgruppen
Medienliste

Broschüre, 48 Seiten, Din A4, 3,- DM
Hrsg.: AKAFRIK, Münster und iz3w, Freiburg, Dez. 1985

Bestellungen
gegen Vorauszahlung auf Kto. Nr. 80 90 - 460 PschA Dortmund BLZ 440 100 46
bei: Arbeitskreis Afrika AKAFRIK Münster (ISW) An den Mühlen 25 4400 Münster

oder Betrag in Briefmarken an:
iz3w
informationszentrum dritte welt
Postfach 53 28
7800 Freiburg
(ab 10 Ex. gegen Rechnung)

1-4 Ex. je 3,00 DM + Porto 1,00 DM
5-10 Ex. je 2,50 DM + Porto 1,80 DM
ab 11 Ex. je 1,80 DM + Porto 3,00 DM

